

# Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnis, Threna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Befehlsgebote des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1,50 Mk., Post ohne Zustellung monatlich 1,50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelzeile 20 Pfg., einfache 10 Pfg., Reklametext (Bsp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbestimmter Laufzeit, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortlich: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 15

Donnerstag, den 2. Februar 1928

39. Jahrgang

## Amthliches.

In der gestrigen 2. diesjährigen Sitzung der Stadtkonferenz sind folgende Beschlüsse gefasst worden:

1. Beschlüsse wurden 7 Vorgefalle.
2. Zur Errichtung eines Lehrstuhls für Laubstummel in Dresden wurde ein einmaliger Beitrag von 20 RM. bewilligt.
3. Der 22. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, der die Festsetzung der Gemeindefeuersteuer zur Grundsteuer und Gewerbesteuer behandelt, wurde in der vorliegenden Fassung angenommen.
4. Die Erinnerungen gegen den Entwurf der neuen Sparkassenordnung sollen beachtet werden.
5. Zu den Kosten eines Bezirksabrechnungsbuchs wurde ein Beitrag von 50 RM. bewilligt.
6. Das Gesuch um Aufnahme einer polnischen Familie in ein hiesiges landwirtschaftliches Grundstück lehnte man der Folgen wegen ab.
7. Zur Ergänzung des Fürsorgeausschusses wurde aus dem Kreise der Kriegsbetroffenen Herr Heinrich Eibam und aus dem Kreise der Kleinrentner Herr Privatmann Moritz Schmidt gewählt.
8. Die U-besetzung verschiedener Kapitel der Ausgaben im Haushaltsplan 1927/28 wurde genehmigt.
9. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 27. Januar 1928 wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von der Einsetzung des Verfassungsausschusses Leipzig als Spruchbehörde für die Abklärung der Markanteile von Gemeinden wegen eines Darlehens der Landesversicherungsanstalt Sachsen, die Versicherung der elektrischen Leitungen der hiesigen Straßenbeleuchtung und die derartig übernommene Reinigung von Fußwegen gegen Halbspflicht, die Verwendung der ehemals jetzigen Feiler als Schrebergärten und die Behandlung verschiedener Steuerfächer.
10. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 30. Januar 1928 wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von dem vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz aufgestellten Vorschlag zu einem Städtebauplan für Naunhof, die Anmeldung der im laufenden Jahre vorzunehmenden Straßen- und Wegebauarbeiten bei der Amtshauptmannschaft, die Herstellung des Anschlusses für elektrisches Licht im hiesigen Grundstück Lange Straße 56, die Genehmigung der vom Stadtbaumeister vorgeschlagenen Instandsetzungen an hiesigen Gebäuden und Straßen und die Kenntnisnahme vom Eingang der Bauangelegenheit für das Reidenhaus. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 1. Februar 1928. Der Stadtrat.

Freitag, den 3. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im Gasthaus „Gambinus“ 1 Colafisch in Ehrenholz, 1 Sofa, 2 Armlehnstühle und 1 Bank meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, am 2. Februar 1928. D. A. I, 3116/27

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 3. Februar 1928, vorm. 10 Uhr soll im Restaurant „Gambinus“ in Naunhof 1 Waschkommode mit Spiegel öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, den 2. Februar 1928. R. V. 2624/27.

Finanzamt.

## Seid umschlungen, Millionen!

Es ist zum Tiefstnig geworden! Schon wieder ein Skandal, an dem selber auch hohe Beamte wieder nicht ganz unbeteiligt sind, dem Schuldigen Hintergrund und Unterstützung gewähren, ohne genauere Kenntnis seines geschäftlichen Gebarens! Und durch einen plumpen Schwundel, indem er nur den Vornamen ändert, gelingt es dem vorbestraften Salomon Bergmann, dem Bankrotteurer, der außerdem auch noch ein paar mal den Offenbarungseid geleistet hat, sich auch der Polizei gegenüber in eine Larkappe zu hüllen. Auch jetzt wieder der typische Inflationsgewinnler, der bei der Stabilisierung unserer Währung zusammenbricht.

48 Prozent an Verzinsung für das zur Verfügung gestellte Kapital — das lockt. Das ließ jede Vorsicht außer acht. Und das lockte Hohe wie Niedrige zu einer Zeit, da man anderswo wohl nur den vierten Teil einer solchen Verzinsung erhielt. Niemand griff ein, weder die Gewerbebehörde noch die Industrie- und Handelskammern noch — leider — die Staatsanwaltschaft, obwohl entsprechende Anzeigen schon mehrfach eingetroffen waren. Ohne jede Überlegung erfolgten die Empfehlungen des Geschäftsführers durch hochstehende Beamte, die sich doch eigentlich hätten fragen müssen, daß bei solcher Verzinsung, ungerichtet noch die sonstigen Geschäftskosten, es nicht mit rechten Dingen, nicht recht zugehen könnte. Diesem Ranne wurde Geld im Betrage von Millionen zur Verfügung gestellt, während unzählige Kaufleute und Gewerbetreibende vergeblich nach ein paar tausend Mark Betriebskapital schrien, lohnende Aufträge zurückweisen mußten, weil ihnen kein Geld zur Verfügung gestellt wurde. Die Verpflichtungen einer fast fünfzigprozentigen Verzinsung wirkten geradezu verheerend auf den privaten Geldmarkt. Freilich, der reelle Handel und das Gewerbe hätten so selbstmörderische Zinsen niemals zahlen können; das ging nur, wenn eben Betrug mit im Spiel war.

Wieder hat es sich mit drastischer Deutlichkeit herausgestellt, welchen Wert blühende solche geschäftlichen Referenzen haben. Das Vernünftige ist in einer von ihnen gesagt: selbstverständlich wird die Firma Bergmann nur solche Männer für Referenzen namhaft machen, von denen sie beste Auskünfte erwarten darf. Und das waren eben hohe Beamte; das gerade verlich dem Schwindelunternehmen den Hintergrund, erweckte unbedingtes Vertrauen.

So ist ja in und nach der Inflationszeit nur allzuoft gearbeitet worden; sie empfahlen einander, die Konzernunternehmen, die Inflationsbanken — und der Geprüfte war jeder, der diesen Unternehmen dann daraufhin sein Geld anvertraute. Und jetzt sind sechs Millionen verlorengegangen; nun best man den Brunnen zu.

„Am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles — ach, wir Armen!“ — Dieses Goethesche Wort illustriert vielleicht den übelsten inneren Überrest aus der Inflationszeit. Zuviel hatte man damals verloren und man ersehnte schnellsten Rückgewinn. Wer ihn versprechen konnte, vielmehr, wer ihn versprach, zu dem flogen sie hin wie die Ratten zum Licht. An der Börse mißlang solcher Rückgewinn allen jenen, die mit ihren Aktiengewinnen immer noch nicht zufrieden waren, ein noch weiteres Steigen der Kurse erwarteten. Da ging man dann zu — Bergmann, hoffte hier zu erreichen, was an der Börse verlagert blieb. Ob wirklich in jenem Lombardhaus die Baren vorhanden waren, die als Sicherheit, als Faustpfand angegeben waren — danach fragte man nicht. Man wollte ja nur die 48prozentige Verzinsung! Tene, die freiwillig oder unfreiwillig durch ihre Referenzen als Schleiher dienten, wurden ja auch prompt bezahlt. Und so weitete sich der Kreis, bis schließlich durch eine Unvorsichtigkeit des Betrügers die Katastrophe herbeigeführt wurde.

Run begnügt das Aufräumen, ein nach jeder Richtung hin höchst unerfreuliches Aufräumen. Wenigstens hat man noch rechtzeitig zugreifen können, ehe die Betrüger über die Grenze entsamen. Immerhin noch ein Trost! Freilich für die Geprüften ein nur geringer.

## Appell Dr. Strefemanns an Frankreich

Das beste Mittel der Verständigungspolitik. Deutscher Reichstag.

(378. Sitzung.) CB Berlin, 1. Februar.

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes wurde fortgesetzt.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärte, die Rede des Abg. von Freytag-Vorlinghoven hätte bei den Deutschen einen schmerzlichen Eindruck gemacht. Im Grunde seien ja die Deutschen genau so verärgert in die treu-deutschen Augen des Außenministers wie die Sozialdemokraten (Weitererz.).

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnete die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Brüssel. Der Bundesrat des Auswärtigen Amtes müsse gestrichen werden, und der Außenminister müsse über die bisherige Verwendung seines Mittel Rechenschaft ablegen. Die jetzige Außenpolitik sei ein niederträchtiger, infamer Verrat des Volkes. Der Redner erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Abg. von Geisler (Völk.) erklärte, die jetzige Außenpolitik verurteile den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge werde das Volk ablenkt. Durch die Gründung von materiel orientierter Gruppen mit der jetzigen Handelsvertragspolitik werde die Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, dem Untergang preisgegeben. Die Deutschen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Strefemann-Politik einen solchen Weg gegangen seien. Sie sollten im vaterländischen Interesse die Koalition zusammenbrechen lassen und mit dem Volk gemeinsam den Kampf für die deutsche Freiheit führen.

Abg. Urbahn (Völk.) stimmte dem Vordredner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes beruhe.

### Reichsaußenminister Dr. Strefemann

betonte, er könne nicht mit dem Abgeordneten von Lindner die Rede des Abgeordneten von Freytag-Vorlinghoven als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die Deutschen hätten die Vorkonferenz nicht terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Goebbels habe auch in Genf loyal gearbeitet. Wenn der Abg. von Freytag-Vorlinghoven eine Abkehr von der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordere, so liege darin ein Gegensatz zu der Haltung seiner Fraktion. Es trifft nicht zu, daß die Politik in einer Sadasse geföhrt hätte. Herr von Freytag-Vorlinghoven habe nicht den neuen Weg angedeutet, den Deutschland gehen müsse, um den Rechtsgedanken im Volke durchzusetzen, was immer das deutsche Volkereben gewesen sei. Deutschland hätte mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und damit den Beifall der kleineren Staaten erlangt. Deutschland wolle die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarnovertrag habe die Freiheit des Zuzutretens und viele andere Erleichterungen für Deutschland gebracht. Der Fortschritt könne natürlich nur schrittweise kommen.

Er habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nur um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens gehandelt habe. Deutschland sei schon um seiner Selbsthaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Natürlich sei Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt, aber er betrachte es als seine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum könne er auch

an die französische Adresse die Mahnung richten: Run tut das eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden könnte. Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailles Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen (Lachen). Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen (Sehr laut) Die

## Bergmanns Vorleben.

Der Lombardskandal wächst noch immer.

Die Betrügereien des Berliner Lombardschwindlers Bergmann scheinen die größte Skandalaffäre der letzten Jahre zu sein. Tausende von Leuten haben dem Allgemeinen Lombardhaus Bergmanns, das erst 1926 gegründet wurde, ihre Ersparnisse zugeführt. Auf die Referenzen, die der Inhaber gab, haben sich fast alle seine Kunden verlassen, eigene Informationen bei den bekannten Auskunftsstellen holte Scheinbar niemand ein. Dort konnte man erfahren, daß Bergmann seit dem Jahre 1924

nicht weniger als sechsmal den Offenbarungseid geleistet hat. Im Jahre 1926 wurde Bergmann zu einer Gefängnisstrafe und Ehrverlust verurteilt. Die „Teubandgesellschaft“ teilt jetzt mit, daß sie schon vor geraumer Zeit Kenntnis von den Geschäften des Bergmann gehabt hatte. Die Gesellschaft hat, sobald sie die Gefährdung der Einlagen erkannte, diese von Bergmann zurückgezogen und ihre Austraggeber damit vor jeglichem Verlust bewahrt. Sie hat den Referenzen, die sich um Auskunft an sie gewandt hatten, mitgeteilt, sie habe ihre Geschäftsverbindung mit Bergmann gelöst, und hat ihnen anheimgestellt, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Unter den Geschädigten soll sich auch Major a. D. Gerd von Hindenburg, der Sohn der Herrin auf Neudeck, die eine Schwägerin des Reichspräsidenten ist, befinden. Er soll dem Lombardhaus Bergmanns 50 000 Mark zur Verfügung gestellt haben, die jetzt verloren sind.

von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unverständlich sei die Erklärung, Deutschland müsse erst „eine Reparationsverpflichtung erfüllen. Die Rheinlandbesetzung solle doch auch nach dem Verlust der Reparationen bis die letzte Million bezahlt sei. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besetzung als einen Nachschub betrachte, so wäre es nicht zu verstehen, daß es diesen Nachschub für irgendeine Gegenleistung aus der Hand geben wolle.

Er hoffe, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß sie mit schneller Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben werden. Es sei nicht zu verstehen, daß der Gedanke der Verständigung bei der Bildung der jetzigen Regierung wesentliche Fortschritte gemacht habe. Diese wachsende Verständigung werde nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, die man im Reichstag erlebte.

Er hoffe, daß es gelingen werde, daß die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstünden (Beifall).

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Der gestrige Zwischenfall hätte wieder gezeigt, welches fälschliche Spiel die Deutschen spielten. Die deutschnationalen Agitationstendenzen drängen liefern das Material, womit die französischen Reaktionäre und Militaristen die Ehrlichkeit der deutschen Verständigungspolitik vernichten. Wir wollen das parlamentarische System in Deutschland zu einem brauchbaren Instrument der Außenpolitik machen. Die Welt sei müde, auf dem Wege der Verhandlung mit dem Deutschen Volk voranzuschreiten. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Sie hängt sich auf die Regierung der Großen Koalition, die außenpolitisch schon vorhanden ist. Das sei der beste Beweis für die Notwendigkeit, schleunigst mit der jetzigen noch formel bestehenden Regierungskoalition Schluss zu machen. Das liege im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens unter den Völkern. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) kritisierte die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundfragen des Völkerbundes für die Mandatsmächte.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann erklärt hierzu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Verletzung der Mandatsgrundfrage wenden.

Damit schloß die Aussprache. Von den Kommunisten war ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wurde. Der Etat wurde nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschlußschließungen angenommen.

Ohne Aussprache wurde der Gesetzentwurf über die Einberufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen. Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

## 10000 Mann Besatzungstruppen weniger?

Angewählter Vorschlag Briands.

Die Rede des deutschen Reichsaußenministers Dr. Strefemann zum Etat des Auswärtigen Amtes, in der er nochmals mit besonderem Nachdruck die Räumung des Rheinlandes verlangte, hat besonders in Frankreich die größte Beachtung gefunden. Der französische Außenminister Briand wird selbstverständlich Gelegenheit nehmen, Dr. Strefemann zu antworten. Nach dem „Echo de Paris“ soll Briand die Absicht haben, Deutschland eine neue Verringerung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann anzubieten, wodurch die Truppenbestände auf 50 000 Mann herabgesetzt würden. Das Blatt glaubt, daß Strefemann unter Umständen auf diesen Vorschlag einzugehen werde, da er sich laßt, daß eine ständig geschwächte

Befegung als überflüssig erkannt und schließlich abge-

schafft werden würde. Der Pariser Korrespondent der amerikanischen Zeitung „New York Herald Tribune“... Die Besetzung der Reparationsarmee sei da, um zwei Funktionen zu erfüllen. Soweit die erste, nämlich Deutschlands Entlohnung, in Frage komme, sei die Pariser Regierung bereit, diese als durchgeführt anzusehen.

Sollten sich diese Angaben bestätigen, so kann schon jetzt gesagt werden, daß Deutschland nicht darauf eingehen kann. Es ist zu wiederholten Malen von allen maßgebenden Stellen betont worden, daß Deutschland die Rheinlanddrückung, auf die es einen moralischen Anspruch hat, nicht durch andere Verpflichtungen erkaufen wird.

Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens auch die Mitteilung des Voltes, daß der Reparationsminister Carter Gilbert bei seinem letzten Besuch in Paris Poincaré gegenüber erklärt haben soll, daß die Befragung im gegenwärtigen Augenblick noch notwendig sei, um die Reparationszahlungen sicherzustellen. Herr Gilbert wird nicht umhin können, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern.

### Locarno und Versailles.

Im französischen Senat entwickelte sich eine außerpolitische Debatte. Dabei kamen einige Redner auch auf die Montagsrede des deutschen Außenministers im Reichstage zu. So sagte Lucien Hubert, der deutsche Außenminister habe erklärt, daß er die Räumung des besetzten Gebietes nicht durch neue, über den Versailler Vertrag hinausgehende Verpflichtungen erkaufen werde. Es sei neu, daß Frankreich über den Friedensvertrag hinausgehen wolle, da es doch immer in seinen Verträgen geblieben wäre. Hubert glaubt nicht, daß Locarno den Friedensvertrag auszuhebeln habe. Ohne organisierte Schiedsgerichtsbarkeit sei keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Abrüstung möglich. Der zur Rechten stehende eifrige Senator Cocard bemühte sich um den Nachweis, daß die Politik in Deutschland im Gegensatz zu den von Stresemann in Genf und Locarno gegebenen Friedensversicherungen liege. Bei der Verletzung der Frage eines osteuropäischen Pakties warf Briand ein, daß er in seiner kommenden Rede sich hierüber ausführlich äußern werde.

### Die Waffentransportfrage vor dem Völkerbund.

Noten der Kleinen Entente.

Der vierte Schritt der Kleinen Entente in der ungarischen Waffentransportfrage von St. Gotthard ist nunmehr bei dem Generalsekretariat des Völkerbundes erfolgt. Die Vertreter Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei beim Völkerbund haben namens ihrer Regierung drei Noten überreicht, in welchen verlangt wird, daß gemäß dem vom Völkerbundrat angenommenen Reglement und entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon der Zwischenfall von St. Gotthard vom 1. Januar dieses Jahres auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerbundes gesetzt wird.

Wesentlich wurde an der österreichisch-ungarischen Grenze am Jahresanfang ein größerer Transport Waffen und Kriegswerkzeuge, die aus Verona in Italien stammten, festgehalten. Dabei entstanden Reibereien zwischen den österreichischen und den ungarischen Grenzbeamten und die Angelegenheit wuchs sich zu einem diplomatischen Zwischenfall aus, da keiner der in Frage kommenden Staaten sich als Empfänger oder Beförderer der Waffen bekannte.

### Schul- und Hochwasserfragen im Landtag.

(62. Sitzung.) CR. Dresden, 31. Januar. Auf der Tagesordnung stehen Schulangelegenheiten, die in gemeinsamer Ausprache beraten werden. Zunächst begründete Abg. Böttcher (Komm.) einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu beauftragen, die Hochschulinbehörden anzuweisen, daß aus den Mitteln der örtlichen Studentenschaften keinerlei obligatorische Unterstützung der Deutschen Studentenschaft erfolgen solle. Die deutschen Hochschulen seien Hochburgen der Reaktion.

### Tausend Trophäen.

Die Deutsche Jagdabstufung 1928.

Die in den Rahmen der „Grünen Woche“ eingefügte Jagdabstufung steht diesmal unter einem besonders günstigen Zeichen, denn sie ist hervorgegangen aus dem gemeinsamen Wirken der beiden Spitzenorganisationen des deutschen Wildwerks: der Jagdammer und des Allgemeinen Deutschen Jagdschützenvereins, die sich nach schweren Kämpfen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen haben. Der Erfolg dieses gemeinsamen Wirkens ist geradezu überwältigend! Wir sehen nicht nur die aus zielbewußter Hege der Wildbahn hervorgegangenen Trophäen des Jahres 1927, sondern auch eine Auslese der historisch berühmten Geweihe, die aus der Moritzburg und Schloß Erbach stammen. Geweihe von 24 und 32 Enden mit einer Auslage von anderthalb Metern und einem Gewicht von 30 Pfund. Die Krone des Ganzen ist der sagenhafte — übrigens in der Welt erdteuere — 66-Ender, der trotz seiner geringen Größe als ein Naturwunder bezeichnet werden muß.

Sehr lehrreich sind zunächst die Sammlungen, bei denen man sich durch den Augenschein überzeugen kann, wie durch zielbewußte Hege des Wildes und durch Ausmerzen der Rummexer und Schwächlinge sich Form und Stärke des Kopfes verbessern, das sichere Zeichen für die Entwicklung der Gehirne, Rotirsch, Tamisch und Red. Die Aufmachung der Ausstellungen ist außerordentlich. An grün geschmückten Tänden, von Jagdbildern unterbrochen, hängen die nahezu 1000 Trophäen: 91 Rotirschgeweihe, 23 Tamischgeweihe, etwa 700 Rehgeweihe, 43 „Gewehre“ von Reikern, 55 Gamsstiele, Elschschäufeln und Mufflons, die aufschneidend namentlich in der deutschen Wildbahn mit Erfolg eingebürgert sind.

Bei den Rotirschen steht diesmal leider Ostpreußen, das sowohl aus der eingestarteten Kominter Seite wie aus freier Wildbahn ganz kapitale Trophäen zu liefern pflegt. Dafür hat sich die Mark Brandenburg um so mehr hervorgetan. Den

Ministerialdirektor Dr. Wölfer erklärt, das Ministerium habe bisher noch keinen Grund gehabt, nach irgendeiner Seite hin einen Druck auf die Studentenschaft auszuüben, da es sich bei der sächsischen Studentenschaft in der Hauptsache um wirtschaftliche Selbsthilfe handele. Das Ministerium habe sich nun aber im Einvernehmen mit der Studentenschaft genötigt gesehen, bereits am 16. April 1927 anzuordnen, daß der bisherige Zwangsbeitrag an die Deutsche Studentenschaft nicht mehr geleistet werde.

Abg. Sievert (Dtn.) richtete hierauf an die Regierung die Anfrage, in welchen Punkten die in der Denkschrift des Volksbildungsministeriums dargelegte Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen bereits durchgeführt ist und in welcher Weise und in welchem Umfange die Regierung sie künftig durchzuführen gedenke. Mit den meisten der in der Denkschrift aufgestellten Grundzüge könne seine Partei sich einverstanden erklären. Die Einwürfe des Abg. Böttcher könnten die Deutsche Studentenschaft nur ehren. Der Redner legt mehrere Wünsche vor, unter anderem den nach Schaffung von Frauenoberstudien; eine weitere Milderung der Bedingungen der Reifeprüfung könne er ab.

Ministerialdirektor Dr. Wölfer: In der Denkschrift zur Neuordnung des höheren Schulwesens war in Aussicht gestellt worden, daß die Stundentafeln für die drei unteren Klassen 6-4 der höheren Schulen von 1927 ab eingeführt werden sollten. Das ist geschehen durch Verordnung vom 23. Februar 1927. Dem ist die Verordnung über die Einführung der neuen Stundentafeln für die Untertertia gefolgt. Die weitere Durchführung der in der Denkschrift dargelegten Pläne soll so schnell wie möglich erfolgen. Hand in Hand damit geht auch die Umgestaltung der Prüfungsordnung für die verschiedenen Stufen der höheren Schulen. Eine weitere deutschnationale Anfrage betrifft die Denkschrift über die Neuordnung der Lehrerbildung, insbesondere die Nachprüfung des in ihr verwendeten Lehrmaterials.

Präsident Schwarz erklärt hierzu, daß die Antwort der Regierung auf diese Anfrage schriftlich erfolgt sei.

Abg. Böttcher (Komm.) begründete hierauf seinen Antrag zur Ver Saxonica (Hilfsverordnungen des sächsischen Schulwesens in der Zeit vor dem 1. Oktober 1918).

Abg. Dr. Seifert (Dem.) begründete einen Antrag seiner Partei über die Umwandlung der Volksschule in die frühere Schulform. In der Annahme des betreffenden Antrages durch den Bildungsausschuß liege für die sächsischen Volksschulen eine große Gefahr. Der Redner fragt, was die Regierung zu tun gedenke, dieser Gefahr rechtzeitig zu begegnen.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser erklärt, an der Stellung der sächsischen Regierung gegenüber dem Reichlichen Entwurf habe sich nichts geändert.

Wegen des Reichsschulgesetzes werde es nicht zu einer Regierungskrise in Sachsen kommen.

Wenn auch grundsätzliche Parteien in der Koalition ständen, so seien diese stets über die Wege einig, die im Augenblick zu gehen notwendig seien. Was die Stellung der Regierung zum § 13a des Reichsschulgesetzes anlangt, so wird sie ihren Vertreter im Bildungsausschuß weiterhin instruieren, gegen den Paragraphen zu stimmen, da er den Interessen der sächsischen Volksschule nicht diene. Ich habe aber die Hoffnung, daß wenn ein Reichsschulgesetz zustande kommt, das bald mehr unseren Wünschen entsprechen wird, als es jetzt noch scheint.

### Die Sicherung der Hypothekengläubiger.

Auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung (Volkrechtspartei), was die Regierung zu tun gedenke, um die durch die ehemaligen jetzt wagenschwimmenden Grundstücke im Untervergiet der Mügeln und der Gottleuba gewährleisteten Sicherungen der Hypothekengläubiger wieder herzustellen und ob in den Fällen, in denen den Geschädigten oder Entgelteten zum Wiederaufbau neuer Grund und Boden zur Verfügung gestellt wird, die Übertragung der Hypothek auf neuen Grundbesitz eingeleitet werden soll, hat die sächsische Regierung Antwort erteilt. In den Fällen, in denen der Hauseigentümer oder seine Erben auf dem Grundstück wieder aufbauen, auf dem das vernichtete Gebäude gestanden hat, beharrt es in der besonderen Maßnahmen für Sicherung der Hypothekengläubiger, da die auf dem Grundstück ruhende Hypothek sich ohne weiteres auch auf das neu errichtete Gebäude erstreckt. Wo der Hauseigentümer oder seine Erben nicht wieder auf dem Grundstück, auf dem früher ihre Gebäude gestanden haben, aufbauen können, sondern an anderer Stelle ein Wohnhaus errichten, ist zur Sicherung der Hypothekengläubiger angeordnet, daß von der Entstehung oder von dem für den Wohnungsbau bereitgestellten Mitteln ein der dinglichen Belastung des früheren Grundstücks entsprechender Betrag solange zurückgestellt wird, bis die in Betracht kommenden Gläubiger befriedigt oder durch Herstellung einer Sicherheit an dem andern Grundstück sichergestellt sind oder auf die bisherige Sicherheit verzichten. In gleicher Weise ist für die dinglich berechtigten in den ganz wenigen Fällen gesorgt, wo ein Wiederaufbau überhaupt nicht in Frage kommt. Die Hürden, die die Hochwasserkatastrophe verursacht hat, sind durchgängig, soweit es von hier aus übersehen werden kann, nicht derartig, daß sie den Selbsterwerb des Grundstücks erheblich mindern. Etwas hypothekarische Belastungen werden in diesen Fällen kaum erforderlich sein. In der nun folgenden Begründung eines sozialistischen Antrages forderte der Sprecher die Regierung auf, im Reichsrat und im Reichstag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß eine Zurückführung des sächsischen Schulwesens auf den Standpunkt des Übergangsschulgesetzes unbedingt verhindert werde.

Ministerialdirektor Dr. Wölfer verteidigt in einer längeren Erklärung die Regierung in bezug auf die von ihr erlassenen Verordnungen. Von einer verfassungswidrigen Be-

ersten Preis holte sich Herr Kühne-Lesen in der Reumarkt mit einem wunderbar gemachten 14-Ender. Ein zweites im Kreise Goldin erbeutetes Geweih von ebensolchem Enden erhielt denselben Preis. Außerdem fielen noch mehrere zweite Preise in die Mark. Etwas stärker erscheint noch das aus Pommern stammende, von Herrn v. Versen-Crampe erbeutete Geweih. Die kapitalste Trophäe, einen kapitalen 10-Ender, der 14 Pfund wiegt, hat Mecklenburg geliefert. Natürliche haben auch andere Staaten und Provinzen sehr wertvolle Geweihe eingeschickt, die von dem hohen Stand der deutschen Wildbahn Zeugnis ablegen.

Unter den Redgehörnen behauptet ein kapitaler Scherbock aus Ostpreußen den ersten Platz. Das Geweih ist von seltener Regelmäßigkeit mit langen Enden und überaus reich gepetzt. Ihn so ziemlich gleich kommt ein von Prof. v. Bardeleben erlegter Scherbock. Das höchste Geweih, annähernd 30 Zentimeter hoch, hat die Mark geliefert, das man als das dritte beste ansprechen kann. Den vierten und fünften Platz belegen Pommern und Schlesien.

Erfreulicherweise hat diesmal der Preussische Staat zwei Gegepreise gestiftet, von denen der erste an Herrn Oberförster Müller in der Reumarkt für eine sehr seltene Scherbocksammlung verliehen wurde. Von besonderer Bedeutung ist der erste Versuch einer Jagdstatistik, den Forstmeister Bieger, Roskoff, unternommen hat. In drei Abteilungen: Jagd und Volkswirtschaft, Gode Jagd und Niederjagd, wird die Bedeutung des Wildwerks dem Reichsanwalt vor Augen geführt. Hoffentlich wird dieser Versuch fortan weiter ausgebaut. Es ist anzuschließen, die Reichhaltigkeit und Vielfaltigkeit der Auslieferung erscheinend zu behandeln. Aber man gewinnt den Eindruck, daß die deutsche Jägerwelt mit Ernst und liebevoller Sorgfalt das Rationalvermögen, das ihr mit der deutschen Wildbahn anvertraut ist, verwaltet.

Dr. Fritz Stowronski.

Schränkung der freien Meinungsäußerungen könne keine Rede sein. Zu einem deutschnationalen Antrag auf Errichtung christlicher Versuchsschulen erklärte Volksbildungsminister Dr. Kaiser, es sei unmöglich, christliche Versuchsschulen als Ergänzung der in Sachsen möglichen Bekenntnisschulen zuzulassen, wohl aber auf Verlangen einer Elternmehrheit der wirklichen Versuchsschule. Zur Beratung kommen dann noch die deutschnationalen Anträge auf

### Wiedererrichtung des körperlichen Böhntigungsrechtes in den Volksschulen

und auf Änderung des Anpassungsschulgesetzes, weiter die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Überlassung von Schulräumen für politische Vereine und schließlich die Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen auf Änderung des Schulbezirkgesetzes. Der Ausschuß beantragt Ablehnung sämtlicher Anträge. Die Abstimmung findet am kommenden Donnerstag statt. Sodann begann die Aussprache.

### Für und wider das Reichsschulgesetz.

Die Aussprache im Sächsischen Landtag.

In der Aussprache über die Schulfragen kam zunächst Abgeordneter Dehne (Dem.) auf die Frage der akademischen Lehrerbildung zu sprechen und bezeichnet es als dringend erforderlich, daß der Streit darüber endlich zur Ruhe komme, denn die akademische Lehrerbildung sei nun einmal gesetzlich festgelegt und sie müsse ihre Berechtigung in der Zukunft beweisen.

Abg. Köhler (Komm.) vertritt die bekannten kommunistischen Schulforderungen und lehnt die Reformvorschlüge der Rechten ab.

Abg. Grelmann (Dtn.) bezeichnet das sächsische Übergangsschulgesetz als einen Rechtsbruch gegenüber der christlichen Elternschaft, auch von den Demokraten sei es damals ein Gewaltbruch genannt worden, und selbst der Sächsische Lehrerverein habe die Zwangsweise, die den Religionsunterricht als einen wichtigen Bestandteil des Unterrichts festhielt, noch im Jahre 1918 gegenüber Vordrängen, der den Religionsunterricht der Volksschule beseitigen wollte. Über den Charakter der jetzt von den Linksparteien propagierten Gemeinschaftsschule herrsche keine Klarheit. Darum könne man es den christlichen Eltern nicht verdenken, wenn sie dieser Schule mißtrauisch gegenüberstehen. Bedauerlich sei es, daß sich die Regierung gegen die Annahme des § 13a des Reichsschulgesetzes gewendet habe.

Abg. Hartig (Soz.) meint, die Überführung der höheren Schulen sei gar nicht mehr so schlimm, wie immer glauben gemacht werde.

Abg. D. Gidmann (D. Sp.) ist der Ansicht, daß die Gemeinschaftsschule auch gegenüber der evangelischen Schule noch im Vorzug bleiben werde, da für die Gemeinschaftsschule die einfache Mehrheit der Eltern genüge. Es sei eine Forderung der Billigkeit und der Gerechtigkeit, daß, nachdem dem sächsischen Volk durch eine voreilige Gesetzgebung die alte evangelische Schule zerfallen wurde, nun ein Weg gefunden werden könne, die evangelische Schule wieder herzustellen. Seine Partei wolle eine Nachprüfung der Beschlüsse des Bildungsausschusses des Reichstages für angebracht sein. Kein Mensch denke daran, die evangelische Schule wieder in ihrer früheren Gestalt aufzurichten, etwa mit der geistlichen Schulaufsicht, sondern man wolle nur eine evangelische Schule haben.

Abg. Dentschel (Wirtschaftsp.) fordert Wahlen für den Schulausschuß durch die Vertreter der Elternräte. Die Anträge auf Überlassung von Schulräumen an politische Vereine lehnten seine Freunde ab. Er persönlich vertrete die Ansicht, daß unsere Volksschule durch die Zerstückelung der evangelischen Schule schweren Schaden erlitten habe. Deshalb wolle er ein Reichsschulgesetz, das uns in allen Situationen die Bekenntnisschule rette.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 2. Februar, mit der Tagesordnung: Wohnungs- und Mieterfragen.

### Die finanzielle Auswirkung des Reichsschulgesetzes.

Das Ergebnis der vom Volksbildungsministerium veranlassenen Erhebung, daß die Bezirksschulämter über die finanzielle Auswirkung des Reichsschulgesetzes für die einzelnen Bezirke entworfen haben, ist nunmehr dem Landtag zugegangen. Danach würde die Durchführung des Schulgesetzes die Neuschaffung von 332 Schulen — gegenwärtig bestehen in Sachsen 1700 Schulbezirke mit 214 Schulen — notwendig machen. Eine einmalige Ausgabe für Beschaffung von Schulräumen (Einrichtung neuer Lehrer- und Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen, Vereinerung von Lehrkräften und daraus sich ergebende Umzugskosten) würde auf Grund des Ergebnisses dieser Erhebung einen Mehraufwand von rund 36 800 000 Mark erfordern, laufende Ausgaben und Erhalten der neuen Schulräume, Lehrer- und Schülerbüchereien usw., neue Lehrstellen würden eine Mehrausgabe von rund 3 570 000 Mark verursachen.

Hierzu bemerkt das Unterrichtsministerium, daß die Schätzung des Mehraufwandes, die auch von den in Frage kommenden Stellen betont wird, ein von der Wirklichkeit stark abweichendes Bild ergibt.

### Welt und Wissen.

w. Die erste Schubert-Feier in Wien. Am Himmelfahrtstag zum „Noten Arden“, Kuhdorfer Straße 34, wo Franz Schubert am 31. Januar 1797 geboren wurde, hielt der Männergesangsverein die erste öffentliche Schubert-Feier ab. Die Mitglieder des Gesangsvereins begaben sich in einem Hadelzug zum Vorantzug der Vereinskassabarte zu Schuberts Geburtshaus, wo der Vorstand des Vereins, Dr. Heinrich Krüskl, in einer tief empfundenen Ansprache des großen Meisters gedachte. Schubertische Lieder leitete die schöne Feiertag und beendeten sie.

w. Das Glühweinen in der Medizin. Schelmus Bier sprach in der Medizinischen Gesellschaft über ein neues, eigentlich sehr altes Hilfsmittel der Medizin, das Glühweinen. Das Glühweinen oder sein verbesserter Ertrag, der Thermofanter, wurde bisher schon zum Ausbrennen kranker Herde bei tuberkulösen Fiebern, bei Krebserkrankungen, bei Furunkeln und zur Blutreinigung verwendet. Durch das Brennen leitet er dem Körper neue Heilkräfte zu, nämlich Fieber und Entzündung. Gleich danach steigt die Körpertemperatur hoch an, Schweiß zeigt sich, dann fällt die Temperatur und gleich ist eine Besserung des Wohlbefindens festzustellen.

w. Was Berlin verzehrt. Die Bewohner der Reichshauptstadt verzehren jährlich 656 000 Tonnen Brot, 206 000 Tonnen Fleisch, 574 000 Tonnen Kartoffeln, 590 000 Tonnen Rohmilch, 100 000 Tonnen Butter, 11 400 Tonnen Wild und Geflügel, 1620 Millionen Stück Eier, 310 000 Tonnen Obst und Gemüse.

w. Die Zahl der Telephone. Aus einer Statistik geht hervor, daß es augenblicklich in der ganzen Welt rund 29,4 Millionen Telephone gibt, und zwar 19,7 Millionen in Nord- und Südamerika, aber nur 8 Millionen in Europa, 1 Million in Asien, 578 000 in Australien und 190 000 in Afrika.

w. Amerikanischer Zigarettenkonsum. In den Vereinigten Staaten sind im letzten Jahr 100 Milliarden Zigaretten verbraucht worden. Dieser enorme Konsum wird darauf zurückgeführt, daß die Zigaretten vielfach als Ersatz für den Alkohol benutzt werden.

Offen...  
Frei...  
seiner...  
waren...  
Kaiser...  
Blüher...  
Staats...  
Habe...  
die mit...  
partei...  
bezug...  
die Gro...  
Modern...  
habe. Ein...  
Steuer...  
einer...  
kommen...  
eines...  
als die...  
werden...  
für eine...  
fordern...  
Mittel...  
Privat...  
Redner...  
im Reic...  
augenbl...  
in kurz...  
Der Sa...  
stehen...  
Reichs...  
Widung...  
die sonst...  
Schulart...  
bestimm...  
teilt dann...  
auf eine...  
durch die...  
in der...  
Bünger...  
Vertrag...  
des neue...  
wesentl...  
eigenlich...  
sich m...  
Volksp...  
Reid...  
Am So...  
Tagung...  
Waters...  
tagung...  
Berlin...  
und gab...  
den Vor...  
trastisch...  
schaft, der...  
bewußt...  
in der...  
Sprach...  
Lohnbew...  
die deut...  
marxist...  
Auf der...  
grünte...  
Land...  
von 54...  
Beru...  
ausger...  
wird. We...  
handelt...  
sonne. Ab...  
Verfö...  
funden...  
Kauf...  
Leipz...  
In Leip...  
bersam...  
unter...  
Erb...  
Schmid...  
zudeben...  
ist: 1926...  
sind für...  
samt im...  
Jah...  
Rost...  
und kleiner...  
durch das...  
dieses...  
Gebiet...  
lungen...  
schen...  
Bank...  
Sparf...  
Bericht...  
für...  
geword...  
nannte...  
Gren...  
den...  
nennen...  
Spa...  
der Spar...  
das priv...  
trachten...  
Gedank...  
samte...  
Bank...  
Verband...  
geform...  
Verband...  
durch...  
das im...  
sammeng...  
und Bank...  
sahung...  
ausfö...  
ber von...  
Guao...  
Edgar...  
Gaupt...  
Der Leip...  
berfamm...  
vor, daß...  
gegen...  
zahlr...  
Volkss...  
nicht...  
immer...  
haben.

## Tagungen in Sachsen.

### Offschaffentagung der Deutschen Volkspartei.

Als Auftakt zu den kommenden Wahlen hielt der Wahlkreisverband Offschaffen der Deutschen Volkspartei in Bautzen seinen Wahlkreisvertretertag ab. Zu den wichtigsten Beratungen waren u. a. erschienen: Volksbildungsminister Dr. Kaiser, die Landtagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Blüher, König und Wed, die Reichstagsabgeordneten Staatsminister a. D. Dr. Heintze, Dr. Schneider und Havemann-Hilberheim. Letzterer hielt ein Referat über die mittelfränkische Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftspolitik. In bezug auf das Handwerk betonte der Redner, daß nicht nur die Großindustrie, sondern gerade auch das Handwerk durch Modernisierung seiner Einrichtung sich innerlich rationalisiert habe. Eine weitere Entlastung müsse durch eine baldige Steuerentlastung geschaffen werden. Als Grundlage einer Vereinfachung empfahl der Redner eine Einkommen- und eine Hauszinssteuer. Für die Beibehaltung eines Mieterschutzes trete die Deutsche Volkspartei ein, als die Wohnungsmarktwirtschaft nur allmählich abgebaut werden könne. Um der mittelfränkischen Wirtschaft zu helfen, sei eine Ankurbelung der deutschen Bauwirtschaft erforderlich, die allerdings voraussetze, daß die staatlichen Mittel nicht nur den Baugesellschaften, sondern auch dem Privatmann zur Verfügung gestellt würden. Als zweiter Redner sprach Dr. Heintze über die politische Lage im Reich. Im Mittelpunkt der deutschen Innenpolitik stehe augenblicklich das Reichsschulgesetz, dessen Inhalt der Redner in kurzen Zügen erläuterte, um sodann auf die vielumstrittene Verfassung einzugehen. Da es unmöglich sei, die bestehenden sächsischen Schulen ganz zweifelsfrei in eine der im Reichsschulgesetz genannten Schultypen einzuschließen, habe der Bildungsausschuß des Reichstages mit Mehrheit beschlossen, die sonst für die Umwandlung von Schulen in eine andere Schultypen vorgesehene Zweidrittelmehrheit auf einfache Mehrheit zu beschränken, wenn im Laufe der Revolution eine grundlegende Änderung des Charakters der Volksschule durch die Landesgesetzgebung erfolgt sei. Als letzter Redner in der Wahlkreisvertretertagung trat Staatsminister a. D. Bünzger das Wort über die politische Lage in Sachsen. Der Vortragende gab zunächst eine Schilderung von der Tätigkeit des neuen Landtags, dessen Gesicht sich nach der letzten Wahl wesentlich verändert habe. Bedauerlicherweise sei durch die eigentümliche Zusammenfassung eine positive Arbeit ziemlich ausgeschlossen. Die Werbestraße des deutsch-volksparteilichen Gedankens habe sich immer durchgesetzt.

### Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine.

Am Sonntag, dem 29. Januar, fand in Chemnitz eine Tagung des Bezirks- und Landesverbandes des Reichsbundes Vaterländischer Arbeitervereine statt. Auf der Bezirkstagung sprach Bundesgeschäftsführer Heinrich Hecht-Berlin und Landesobmann Rischke-Weipzig. Letzterer gab in klaren Ausführungen das Wirtschaftsprogramm des Bundes bekannt. Dieses stellt den Gemeinschaftsgedanken in den Vordergrund im schroffen Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Klassenkampf und verlangt einen Aufbau der Wirtschaft, der den Unternehmer und Arbeiter verantwortungsbewußt in den Vordergrund stellt. Bundesgeschäftsführer Hecht sprach über die Ziele der neuen Bewegung, die keine Lohnbewegung sein dürfe, und einst nach erfolgreichem Kampfe die deutsche Arbeiterschaft nicht so enttäuschen dürfe, wie die marxistische Bewegung nach 60-jährigem Kampfe im Jahre 1918. Auf der Landestagung in Sachsen des Reichsbundes begrüßte Landesobmann Rischke die erschienenen Vertreter von 54 Vereinen und gab bekannt, daß Anfang März ein außerordentlicher Bundeskongreß in Halle a. S. stattfinden wird. Weiter wurde über die Vereinstätigkeit in Sachsen verhandelt, wo besonders das Vorkommen über Fortschritte berichtet wurde. Aber auch sonst in Sachsen habe der Gedanke der Werkgemeinschaft sich durchgesetzt und viele Anhänger gefunden und das Interesse der Parteien und der großen Wirtschaftsverbände in hohem Maße geweckt.

### Leipziger Tagung deutscher Privatbankiers.

In Leipzig fand am Sonntag die 6. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Privatbankiers e. V. unter dem Vorsitz von Alfred Raab, Dresden, statt. Der Entwurf des Verbandes, Geheimrat Oberregierungsrat Schmidt, erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuhelien ist: Die geschäftlichen Ergebnisse des Kalenderjahres 1926 sind für das private Bankgewerbe im Allgemeinen und für die günstigen Allgemeinentwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926 durchweg befriedigend gewesen. Das Kontokorrentgeschäft mit der in Betracht kommenden mittleren und kleineren Rundschaft war weiter ungünstig beeinflusst durch das ständig zunehmende Vorkommen der Sparkassen in diesem Gebiet. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen der beiden Spitzenverbände (Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankierverbandes einerseits und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes andererseits) sind auch in der Berichtzeit nicht zum Abschluß gekommen. Nur so viel ist klar geworden, daß die vom Bankgewerbe angestrebte sogenannte „Große Verständigung“, nämlich eine deutsche Abgrenzung der sogenannten „Sparkassenfremden“ von den sogenannten „Sparkassenfremden“ Geschäften und die Veranschlagung der Sparkassen für letztere zu den gleichen Steuerlasten, wie sie das private Bankgewerbe zu tragen hat, als gescheitert zu betrachten ist. Die Berichtzeit brachte das Wiederaufleben des Gedankens der Einrichtung von Postsparkassen, dem das gesamte Bankgewerbe, wie es auch bereits öffentlich zum Ausdruck gekommen ist, ablehnend gegenüberstehen mußte. Die Verbandstätigkeit erhielt auf wichtigen Gebieten ihr Gepräge durch das im Abkommen vom 26. Oktober 1925 geordnete Zusammengehen mit dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankierverbandes. — Vorstand und Ausschuß wurden sachgemäß entlastet. Die aus dem Ausschuß sachgemäß auscheidenden Herren wurden wiedergewählt, die Wahlen der vom Ausschuß zugewählten Mitglieder, nämlich der Herren Hugo Marx i. H., Heinrich und Hugo Marx, München, und Edgar Visk i. H., Stuttgart, bestätigt.

### Hauptversammlung des Leipziger Lehrervereins.

Der Leipziger Lehrerverein hat seine diesjährige Hauptversammlung abgehalten. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß ein wesentlicher Teil der Kampfkräfte des Vereins gegen das Reichsschulgesetz eingesetzt werden mußte. Aber auch zahlreiche Anträge und Vorschläge zur Hebung des Leipziger Volksschulwesens hat der Verein eingereicht, die allerdings nicht immer den gewünschten und erwarteten Erfolg gezeitigt haben.

### Sächsischer Zentrumsparteitag.

Der ordentliche Landesparteitag der Sächsischen Zentrums-partei findet in diesem Jahre am Sonntag, dem 11. März, vormittags 11 Uhr im Speisesaal des Bahnhofs Dresden statt.

### Wirtschaftspartei und Zentrum.

Von der sächsischen Parteileitung der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt, daß die von Berlin aus in einer Erklärung verbreitete Stellungnahme der Wirtschaftspartei zum Einspruch des sächsischen Zentrums gegen die Gültigkeit der Landtagswahlen in Sachsen keineswegs die parteioffizielle Einstellung der Sächsischen Wirtschaftspartei zu der Frage darstellt, sondern nur die persönliche Meinung irgendeines Mitgliedes der Wirtschaftspartei zum Ausdruck bringt.

### Reflektiertenverkehr von Dresden nach Leipzig.

Dem Vernehmen nach ist auch für die Dauer der kommenden Frühjahrsmesse mit einem regelmäßigen Reflektiertenverkehr zwischen Leipzig und Dresden zu einem verbilligten Tarife zu rechnen. Voraussetzungen dürfte dieser Verkehrsverkehr während der Messenzeit mehrmals am Tage erfolgen.

## 2. öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

(Mittelmittler Bericht.)

Raunhof, den 31. Januar 1928.

Die zweite Sitzung in diesem Jahre war nur von kurzer Dauer. Die an und für sich kleine Tagesordnung wickelte sich ohne Aussprache ab und den zum Teil schon in den Ausschüssen beratenen Punkten wurde zu bezug. dagegen gestimmt. An der Sitzung nahm das Kollegium vollständig teil; auch waren die Herren Stadträte vertreten. Herr Bürgermeister Müller leitete die Sitzung.

1. Sämtliche vorliegenden Bauanträge wurden bedingungsweise befristet. Sie betrafen: a) Güntz (Umbau des Turmes im Grundstück Leipziger Straße), b) Dr. Richter (Bau eines Landhauses), c) Rah (Errichtung eines Arbeitsraumes im Grundstück Melanchthonstraße), d) Wolff Arnold u. G. (Aussehen des Fährgebäudes), e) Zurlberg (Errichtung eines Ladens an dem Gebäude Kappelstraße), f) Wendler (Bau einer Niederlage im Hintergrundstück), g) Söhne (Bau eines Landhauses).

Alle übrigen Punkte gibt ausführlich der amtliche Bericht wieder, jedoch ist eine Wiederholung hier erübrigt. Unter Punkt 10 ist nur zu erwähnen, daß Herr Stadtrat Schmidt die Anregung gab, die Brandstraße in der Nähe von Pauls Grundstück durch Veränderung einer Vorhalle zu beleuchten, da sich gerade auf dieser Straße ein sehr reger Verkehr nach der Fabrik Gruppe u. G. abwickelt. Dem Wunsch soll auch demnächst entsprochen werden.



1/2 Pfd.  
50 Pfg.

# Rama

MARGARINE  
butterfein  
erspart Dir mehr,  
als was sie kostet.



## Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 2. Februar 1928.

Merktblatt für den 2. Februar.

Sonnenaufgang	7 <sup>17</sup>	Mondaufgang	13 <sup>34</sup>
Sonnenuntergang	16 <sup>27</sup>	Monduntergang	6 <sup>08</sup>

1721: Der Reichsgerichtsrat Friedrich Wilhelm von Seyditz geboten.

### Reinrentner!

Ueber das Verhalten gegenüber den Zahlungsbefehlen des Bürgerversandes gab Herr Reichsanwalt Wegmar in der Bezirksversammlung am Sonntag in Grimma einige wertvolle Winke. Jeder Empfänger eines Zahlungsbefehles soll denselben zurückweisen, indem er eine Postkarte schreibt, wie folgt:

Unterschrift, Grimma. Gegen den Zahlungsbefehl, den der Bürgerversand des Bezirksauschusses der Amtsbaupolizei-Grimma gegen mich erlassen hat, erhebe ich hierdurch Einspruch des. Widerspruch.

Dieser Einspruch ist rechtswirksam, solange noch nicht gepändelt ist, d. h. solange auf dem Formular nur eine Einspruchskarte mit dem Namen des Schuldners und dem Betrag der Zahlungsbefehls noch nicht in den Briefkasten des Bürgerversandes eingeworfen ist. Wenn dies geschieht, ist die Zahlungsbefehl vollstreckt, so ist immer noch Gegenklage möglich. Vor dem die Zahlungsbefehle in den Briefkasten des Bürgerversandes (in Raunhof Herr Kapitän a. D. Noble, Mühlstraße), der das Weiter in der Wege leiten wird. Jeder Reinrentner kann im Arme rechte klagen, hat also keine Rollen.

Der Vertrauensmann des Reinrentnerverbandes, Herr R. A. Wegmar, hält in Grimma und einigen anderen Orten des Bezirks kostenlos Sprechstunden ab. Um den Reichsrecht des Reinrentnerverbandes (der zum mehr sehr notwendig sein wird, auch denen, an die noch keine Rückforderungen gestellt worden sind) zu sichern, muß man aber Mitglied werden. Anmeldungen beim Ortsvorstand (in Raunhof Herr Noble). — Die nächste Reinrentnerversammlung in Raunhof findet Dienstag, den 7. Februar, im „Stern“ statt. Als Gäste haben auch Nichtmitglieder und Verwandte Zutritt.

### Warnung vor Bauparkassen.

Auf den letzten veröffentlichten Artikel hin „Ein gangbarer Weg zur Bekämpfung der Wohnungsnot“, der von der „Gesellschaft der Freunde“ in Wittenrold berichtet, handelt es sich um die Vorhänge von Raunhofer Siedlungsverein die Nummer 10 oder 10a, Siedlerstraße, in der eine Warnung vor Bauparkassen ausgesprochen wird. Diese Warnung ist eine amtliche und geht vom Rat der Stadt Weiden aus. Wir geben sie hier wieder, da sie zweifellos von Interesse ist.

Der Rat der Stadt Weiden erteilt folgende Warnung:

„Verschiedene Anfragen veranlassen den Rat mitzuteilen, welche Stellung er gegenüber ausstehenden Siedlungsorganisationen einnimmt. Vor einiger Zeit wurde hier ein Vortrag gehalten über „zinslosen Hausbau“, der von der „Deutschen Bau- und Siedlungsgesellschaft Darmstadt“ veranstaltet wurde. Früher hatte auch die „Gesellschaft der Freunde“ in Wittenrold für ihre Bestrebungen gearbeitet. Die beiden Organisationen kann nur dringend gewarnt werden, insofern in beiden Fällen ein Zeitpunkt, wann die Später zu ihrem Eigentum kommen, nicht angegeben, — ja nicht einmal annähernd berechnet werden kann. Da beide Organisationen nur die Spargelder ihrer Mitglieder als Baubank ausgeben, die ganzen Baukosten also von den Mitgliedern selbst aufgebracht werden müssen, so kann ein Kind in der untersten Klasse einer Volksschule schon ausrechnen, daß kein Mitglied mit Vollstimmrecht früher zum Bau kommt, als bis es seine Baubank gefüllt hat. Diesem, die früher dran kommen, bauen auf Kosten der anderen Mitglieder, die für sie mitsparen. So beispielhaft z. B. die sogenannte Bau- und Siedlungsgesellschaft, die 40 000 Mitglieder habe. Rechnet man im Durchschnitt 100 Mark z. B. ein Mitglied jährlich spart, dann hat im ersten Jahr die Gesellschaft 4 000 000 Mark zu verwalten, kann also (bei durchschnittlich nur 10 000 Mark Baukosten) 400 Häuser finanzieren, so daß also 400 Mitglieder bauen können und ihre Vorhänge zurückzahlen. Bei gleichbleibenden Einlagen der Spar- bzw. Tilgungssummen kommen dann die letzten 400 Mitglieder nach 100 Jahren zum Eigentum. Ob nun die Darlehensgeber ihr Geld zinslos bei der Gesellschaft haben und die

Darlehensempfänger ihrerseits auch keine Zinsen zu zahlen haben oder ob in beiden Fällen Zinsen gerechnet werden, ist ganz unerheblich. Jedenfalls ist das Sparsystem, wie es erstmalig in Weiden eingerichtet wurde und das obligatorisch dann von dem Allgemeinen Sächsischen Siedlerverband durchgeführt wird, wobei nur die Spartenfinanzierung (etwa 10 v. H. der Baukosten) aus Spargeldern erfolgt, die einzige Möglichkeit, in absehbarer Zeit zur Baufinanzierung mit Hilfe erster Hypotheken und der Mitgliedssteuer zu gelangen. Die Interessenten, die sich den oben genannten Organisationen anschließen, können zwar auch vielleicht früher — bei Auslösung o. a. — drankommen, aber damit ist eben so wenig zu rechnen, wie bei einer Lotterie.“

Allen Bauwilligen wird die größte Vorsicht bei Anmeldung als Mitglieder von derartigen Baugenossenschaften empfohlen. Es wird geraten, sich nur solchen anerkannten gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften anzuschließen, deren Leistungen und Vermögenslage auch eine Durchführung der gestellten Aufgaben in absehbarer Zeit verbürgt. Die Siedlungsämter der Städte und Kreise, der Wohnungsaufsichtsbeamten des Regierungsbezirks geben über derartige Genossenschaften jede gewünschte Auskunft.

### „Der Weg allen Fleisches.“

Ab morgen (Freitag) bringt unser Sternlichtspielhaus in seinem neuen Programm den in Deutschland mit großer Spannung erwarteten Spannungsfilm „Der Weg allen Fleisches“. Es soll ein großer Film sein und wenn man die Kritiken Berliner Blätter liest, wird man davon auch überzeugt.

So schreibt z. B. „Z. J. am Mittag“ vornehmlich über Emil Jannings, den Hauptdarsteller: „Es ist eine Bombenrolle für Jannings. Victor Fleming, sein amerikanischer Regisseur, hat ihn offensichtlich an der reichen Ausstattung der großen Spielfilmgesellschaften nicht gebindert. Nicht ihn drei Grundverschiedene Typen brillieren. Als gültigen Familienvater und gewissenhaften Bankbeamten, als sorglichen Liebhaber und Draufgänger, als zerknirschten Sünder und armenigen Betrüger und in der Verkörperung all dieser Gestalten stellt er das rein Menschliche in den Vordergrund. Das macht ihm kein anderer Darsteller nach. Sein Gesichtsausdruck weiß die Wandlungen des vom Schicksal so hart verfolgten Mannes mit wahrer Meisterhaftigkeit widerzuspiegeln, jedoch man ihn den treulovenden Vater, den Verführten, den Zermürbten, den Bettelemann glaubt.“

Und der Filmkritiker schreibt: „Es ist eine Virtuosenleistung, vor der man einfach verstummen muß. Es war eigentlich bedachtigt zu ergötzen, wo er formt und wo er mimt, wo er auf „Gefühl“ spielt und wo er auf „Effekt“ spielt. Was soll das alles noch . . . wo doch das ganze Theater schon heult wie die Reifenhunde und alles kritische Bedenken durchschlägt von Tränen überflutet ist. Unsere Blätter erzählen uns von den großen Aktionen der klassischen Bühne, von den weiderrühmten Spielfilmvirtuosen, einem Kojak, einer Astor, einem Damjan: die irgendwo irgendwas spielen, was Dummes oder Geheimes, edel oder unedel . . . aber man ging nachher heulend aus dem Theater. Wir haben es nie geglaubt. Heute wissen wir, daß es wahr ist. Denn wir haben einen dieses Schloßes unter uns, nämlich Jannings. Den Jannings dieses Filmes.“

Raunhof. Nächsten Sonnabend abends 8 Uhr hält die Volkspartei in Stadt Leipzig eine wichtige Versammlung ab, wo über Reinrentnerorganisationen und Zahlungsbefehle Aufklärung gegeben wird. (Siehe Anzeiger.)

Raunhof. Bei der vom 28.—30. Januar in Brandis vom dortigen Geflügelzüchterverein veranstalteten Geflügelausstellung erhielt auch Herr W. Schlegel von hier zwei Ehrenpreise. 80 Aussteller hatten diese Geflügelshow mit über 450 Tieren besucht.

† Aus dem Anlaß des Kreisfestes am 28. und 29. Jan. in Mügeln gegebenes 1. Jahresbericht des Kreises Leipzig interressiert der Aufruf teilgenannten Kreises. Mit 48 Ortsgruppen und 1400 Mitgliedern begann im Oktober 1924 die Aufbauarbeit des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes, Kreis Leipzig. Heute haben sich die organisierten Ortsgruppen auf 90 mit 2800 Mitgliedern erhöht. Mit Benutzung steht der Kreis auf die Entwicklung zurück und kann sagen: „Durch erste Arbeit ist es vorwärts gegangen“. Die Baukosten der ersten 642 Siedlerhäuser; mit denen aus dem Jahre 1926 erhebt sich die Gesamtzahl auf 1340. Ganz besonders hat die Kleinarbeit in den Ortsgruppen dazu beigetragen, den Grund zu schaffen, auf dem die Vereine und der Kreis sich aufbauen konnten.“

† Gaudyfest des SDV. Der diesjährige Gaudyfesttag des Gauverbandes Leipzig im Gaudyfesttag der Angehörigen findet am 25. und 26. Februar in Born a. d. Leipzig statt. Die Ortsgruppen und Jubilare des SDV (Bezirk Leipzig) werden zu dieser Tagung ihre Vertreter entsenden, die Berichte über das vergangene Geschäftsjahr entgegenzunehmen und die Neuwahl des Bezirksvorstandes durchzuführen. Zur Beratung werden weiter berufliche und organisatorische Fragen liegen. Den Auftakt bildet ein Begrüßungs- und Festabend in den Räumen des Siedlerhauses. Am Sonntag, den 26. Februar, spricht Gemeindeführer Frankh Leipzig über „Kann die wirtschaftliche Lage der Angehörigen gebessert werden?“

Klings. Die Mutter von Frau Antmann Born, Frau dem. Naumann, die in letzter Zeit von Dresden nach hier übersiedelt ist, feierte am 2. Februar in demuntererweiter adpercher und geistiger Freude ihren 80. Geburtstag. Viele Zeichen der Liebe, Freundschaft und Wertschätzung wurden ihr von Nah und Fern zufließen. Möge diese wertvolle Dame sich ihres bisherigen Wohlstandes noch recht lange erfreuen.

Klings. Am 26. 1. nachm. hielt der landw. Verein im hiesigen Gasthof eine Vereins-Sitzung ab, in welcher Herr Ingenieur Rudolf Friedrich-Weipzig über die Bedeutung der Wasser- und Wasserkraft eine sehr spannenden Vortrag hielt. Er führte aus: Der Vitz wird durch das Grundwasser angezogen. Deswegen besonders große Gefahr für solche Gebäude, die schon vom Vitz getroffen worden sind, weil sich unter ihnen Grundwasserdrücken befinden. So georgene Punkte ziehen den Vitz nach an, deswegen sind die Gebäude mit hohen Stangen vollkommen versetzt und bieten nur geringen Schutz. Die ungenutzten Anlagen, die den Vorarbeiten entsprechen, machen den Vitz vollkommen unschädlich. Sie umspannen das Gebäude allseitig mit Metallketten und haben nur kurze Aufhängestangen. Eine Fernwirkung des Vitzabstrahlers besteht nicht. Benutzte Gebäude ohne Vitzabstrahler sind weder gefährlich noch gefährdet. Starkstromleitungen sind kein Vitzschutz, vielmehr eine Vitzgefahr bleibt möglich. Die dauernde Lüftung und gewissenhafte Instandhaltung ist unbedingt nötig. Vitzler, welche Vitzabstrahleranlagen bauen lassen, werden finanziell durch die meisten sozial. Feuerversicherungsanstalten unterstützt. Als Versicherungsmaterial ist verzehnte Eisenblech am besten. Bei den heutigen unerschwinglichen Werten, die die Gebäude mit ihrem lebenden und toten Inventar darstellen, sind Vitzabstrahler-Anlagen für die Bauwirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Nacherkennen der Gefahr heißt sich selbst, seine Erbsen, seine Familie gefährden. — Zur Witzabwehr bemerkte der Vortragende: Anfangs hielt man das Ganze für Sokuspokus. Jetzt ist aber streng wissenschaftlich nachgewiesen, daß der Vitz der Witzabstrahler wohl begründet ist. Nicht jeder eignet sich zum Witzabstrahler-Gänger, sondern nur der, der den persönlichen Magnetismus in sich hat. Durch die Stärke des Ausstrahlens wird mit Bestimmtheit festgestellt das Vorhandensein von Wasser, Kohle, Erz, Kalk, Eisen. Ein sehr guter und bekannter Witzabstrahler-Gänger ist Edwin Flemming in Reichsdorf bei Dippoldiswalde. Zum Schluß wurde der vorgetragene Stoff an zahlreichen Mitgliedern noch weiter erläutert.

dt. Grimma. In beneidenswerter Freizeid und Rüstigkeit feierte am Sonntag der B. Vitz der hiesigen Großmühle, Kommerzienrat Gleichberg, seinen 80. Geburtstag. Die Stadt überbrachte dem langjährigen Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums, welchen Posten er 25 Jahre bis zum vorigen Jahre innehatte, ein Glückwunschschreiben. Kaufmann Julius Engelmann brachte ihm die Ernennung zum Ehrenmitglied des hiesigen kaufmännischen Vereins. Die Handelskammer Dresden, deren Mitglied der 80-jährige seit Jahren ist, erstreute ihn durch ein Glückwunschschreiben.

dt. Dresden. Beim Losgehen eines Schusses im Steindruck der Seelinghäuser Barsteinwerke u. G. am hiesigen Goldberg erlitt der Ende der 50er Jahre lebende Bruchmeister Riedel durch herumstehende Steinblöcke eine schwere Verletzung. Nachdem er durch den hiesigen Arzt die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er im Krankenhaus nach dem Krankenhaus in Wurzgen gebracht.

## Stern-Lichtspiele

Freitag / Sonnabend / Sonntag  
(ausnahmsweise 3 Tage)  
Der Aufsehen erregende neue amer.  
Film. Bestes und größtes Filmereig-  
nis der Neuzeit.

**EMIL JANNINGS**  
DER WEG ALLEN FLEISCHES  
VICTOR FLEMING



Emil Jannings als Familienvater

Die Handlung: Eine weltamerikanische  
Kleinstadt mit deutsch-amerikanischer Be-  
völkerung. Hier lebte als glücklicher Familien-  
vater der hochangesehene deutsche Bankbeamte  
August Schilling, ein Mann von musterhaft  
penibler Gewissenhaftigkeit. Das Schick-  
sel warf ihn der Verdrängung durch eine flo-  
rante anheim; hieraus entspringen Folgen, welche  
an Tragik und dramatischer Wucht alles bis-  
her Dagewesene übersteigen und das Publikum  
zu einem erschütternden Erlebnis machen, das  
an dramatischer Wirkung nicht übertraffen  
werden kann.

Der Hauptdarsteller „Emil Jannings“ —  
heute unbestritten der größte Filmschauspieler  
der Welt, den wir mit Stolz den anfragen  
nennen dürfen, feiert hier seinen bisher  
größten Triumph.

Die Presse schreibt: „Das größte  
Lob ist hier zu sein.“

Außerdem:

Ein interessanter Beifilm  
und „Die Deulig-Bohenschau“.  
Anfang  
Wochentags 7 u. ca. 9 Uhr  
Sonntag 1/2, 7 u. ca. 1/2, 9 Uhr

## Rentner! Sparer!

Versammlung Sonnabend, den 4. Febr., 8 Uhr  
in „Stadt Leipzig“

Rentnerversorgungsgesetz  
Aufklärung über Zahlungsbefehle.

Gäste, besond. Rentner sehr willkommen!

Ortsgruppe der Volkrechtspartei.

## Nutz- und Brennholz-Versteigerung

Altenhainer Revier.

Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr  
sollen im Gasthof zu Altenhain

60 Rm hartes u. weiches Brennholz  
aus Abteilung II und

150 eichene Abraumhaufen  
welche Zausäulen u. sonstige Nutzstücke enthalten,  
meistbietend gegen eine Anzahlung von 50% versteigert werden.

Montag, den 6. Februar, von vorm. 10 Uhr an  
kommen daselbst

400 eichene Klötzer von 15 bis  
35 cm Ober- bzw. Mittenstärke  
gegen eine Anzahlung von 25% zur Versteigerung.

Die Klötzer und Abraumhaufen sind aufbereitet in Abl. 3 in der  
Nähe von Neuweihendorn.

Die Revierverwaltung.



das allbewährte  
Einweichmittel!

## Warme Schinken in Brotteig

empfehl  
Otto Wilhelm Nebel,  
Kettlermeister,  
Markt 5 Telefon 53.

Meiner wertigen Rundschiff  
zur Nachricht, daß ich ab heute  
**5% Rabatt**  
gebe.  
Indem ich noch versichere,  
daß ich noch wie vor nur  
die besten Waren liefern  
werde, bitte ich, mein Unter-  
nehmen auch fernerhin zu  
unterstützen.  
Percy Pieper  
Colonialwaren u. Feinkost  
Grümmstr. 22

**Männergesangsverein**  
Naunhof.  
Sonnabend, den 4. Februar 1925  
im Goldenen Stern  
**Bunter Abend**  
Fest der „Weaner Waschermaade“  
oder  
der Männergesangsverein hat Waschfest.  
Anfang 8 Uhr.  
Alle aktiven sowie passiven Mitglieder  
werden zu diesem Waschfest erwartet.  
Der Vorstand.

Sonnabend  
**Schlachtfest.**  
Abends warme Würst.  
Hans Kellermann,  
Melanchthonstraße 1.

**Berpfunde**  
Freitag u. 3 Uhr ab u. Sonnabend  
**1 Schwein**  
Robert Kollau  
Großsteinberger Straße 30

Wir stellen Sohn achtbarer Eltern  
zu Offizieren als kaufmännischen  
**Lehrling** ein  
Dümenthal, Seliger & Co.,  
Strich- u. Wirkwarenfabrik  
Grimma Co., Schulstr. 63.

**Maskenkostüme**  
zu verleihen  
Wiesenstraße 23.  
Teppiche — Läufer ohne Anzahlung  
in 10 Monatsraten liefert  
Teppichhaus Agay & Glück,  
Frankfurt a. M. 950.  
Schreiben Sie sofort!

**Stilkleider**  
die große Mode,  
Kleidung für Ge-  
sellschaft, Nach-  
mittag und Sport,  
nur Allerletztens  
bringt d. Winter-  
band von Beyers  
Modellführer.  
Für 1,50 M  
Überall zu haben.  
Verlag Otto Meyer, Leipzig 7

Prima  
**Läufer Schweine**  
zu verkaufen.  
Schillerstraße 27

**Maurer- und Zimmergesellen**  
Hauptversammlung  
Sonntag, den 5. 2.,  
nachmittags 1/2 4 Uhr  
im Gambrinus. D. B.

**Ratskeller Naunhof**  
Sonnabend, den 4. Februar und  
Sonntag, den 5. Februar  
**Bockbier-Fest!**

**Schloßmühle Naunhof**  
Sonnabend, d. 4. u. Sonntag, d. 5. Febr.  
**Bockbier-Fest**  
Es laden freundlichst ein  
Oswin Söllner u. Frau.

**Mühle Lindhardt**  
Sonnabend, Sonntag u. Montag, d. 4., 5. u. 6. Febr.  
**Bockbier-Fest!**

**Gasthof Erdmannshain.**  
Sonnabend, den 4. Februar  
großes Bockbierfest.  
Von 7 Uhr an  
**feiner Ball**  
Große Überraschungen; Schneeballschlacht usw.  
Es laden freundlichst ein W. Krause u. Frau.

Sonnabend, den 4. Februar 1925  
großer öffentlicher **Maskenball**  
in sämtlichen Räumen.  
Herrliche Dekoration. Feinste Beleuchtung.  
Ununterbrochener Musik von 2 Kapellen.  
Prämierung der 3 schönsten und 3 originellsten  
Herren- und Damenmasken.  
Einlaß 1/2 7 Uhr. Demaskierung 1/2, 10 Uhr.  
Autoverkehr nach allen Richtungen.  
Es ladet freundlichst ein  
Alfred Otto.

**Holz-Auktion**  
Ammelshain  
Sonntag, den 5. Februar cr., nachmittags 1 Uhr sollen in  
Zeibig's Gasthofe 60 eich. u. birken Laubhaufen  
und 20 Rm eichene und birken Scheite u. Rollen  
gegen sofortige Bezahlung meistbietend verkauft werden.  
Ammelshain, den 26. 1. 28. Die Forstverwaltung,  
Werner.

**Häßlicher Zahnelag**  
Übler Mundgeruch beseitigt.  
Mein Urteil von vielen: Ich hätte mich veranlaßt, Ihnen heute voll-  
kommen freiwillig und unangefordert ein Dankschreiben zu überreichen. Nach-  
dem ich einmal ausgeheißt habe, Chlorodont zu gebrauchen verlaßt ich in  
Reihenfolge... Ich kaufe nun vor kurzem wieder Chlorodont und be-  
obachte folgendes: Meine Zähne haben schon nach kürzerer Zeit wieder  
den gelblichen Schein verloren, sind wieder blendend weiß und blank. Außer-  
dem ist die frühere Glatte wieder zum Vorschein gekommen. Der eigenartige  
Geschmack des „Chlorodont“ ist außerdem eine erfrischende, im Sommer  
besonders wohltuende Wirkung aus. Ich werde nach den wirklich gemachten  
Erfahrungen ab jetzt nur noch „Chlorodont“ benutzen und meine Dentifrice  
wird stets lauten, für mich und jeden zur Empfehlung:  
Raus Chlorodont! Dir heute ein,  
Dann ist Dein Zahn stets blendend rein.  
Berlin-Schöneberg D. D.  
(Originalschreibf. bei untenm. Notar hinterlegt!) Nr. 5  
Überzeugen Sie sich durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube  
1 Mk. Chlorodont-Zahnpulver 1.25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-  
Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.  
Was verlangt nur echt Chlorodont und weißt ihren Erfolg besser zurück.

Für die anlässlich unserer Vermählung  
dargebrachten Aufmerksamkeiten danken wir  
herzlichst.  
Friedr. Wegel u. Frau  
Paula geb. Mundry.

B  
Numme  
Einber  
Der  
schaftstörat  
zuforgant  
in seiner  
das ganze  
größten der  
besten und  
verfügt  
Deutschen  
braut, ein  
Diese  
der nur h  
weiteres ge  
zurzeit un  
fang der  
Bauernvere  
schliegunge  
Der  
dient in Vert  
Vorträgen u  
richtung und  
löhen Vortr  
frau am S  
süßlichen M  
heute vier W  
Umstellung  
sage der K  
produkte, ein  
Verbrauchs  
Das N  
zur Beh  
gebender Ver  
bundes anläß  
dramat  
1. Kein  
Landwirtschaft  
2. Keine  
Landwirtschaft  
3. Kein  
Meistbegünsti  
4. Berbo  
sonst begünsti  
hergestellt we  
ist abzulehne  
5. Aus  
auf Schweine  
6. Sofort  
bej a u g e  
7. R u n  
Sch u e s d  
ver t r ä g e  
8. Neuge  
autonomen J  
im Inlande  
Handelsvertra  
dafür, daß in  
lichen Rolle n  
jeweilig für  
produktio  
Entlastung  
nur durch W  
wenig ist.  
1. Abdrof  
wirtschaftliche  
Auslandscabi  
deutschen Volk  
Sob  
ROMA  
URHEBERREC  
Und wie  
treten nicht  
für nötig, ta  
wie das die  
„Ich heiße  
Das kam e  
in ihm wur  
wortete:  
„Ich heiße  
Klischee. Ich  
wollen.“  
„Das — d  
ber andere.“  
„Oho.“ me  
taues Wasser  
„Ich komm  
„Kann ich  
wissen, daß g  
gehalten hab  
Der Hofme  
oergrub er d  
Beine weit  
hat das. W  
schon lange.  
„Und was  
Sohr liebens  
Sobrs Art  
fühlte, daß m  
ins Hays a  
wollte man  
schon recht, d  
zu schwierig  
Extrawürst  
Arbeitskraft  
Der Hofme  
den Mund u

## Gorgen der Landwirtschaft

### Einberufung des Landwirtschaftsrates

Zum 22. Februar.

Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates, der Gesamtvertretung der gesetzlichen Berufsorganisationen der deutschen Landwirtschaft, hat sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der sich über das ganze Reichsgebiet erstreckenden und alle Betriebsgrößen betreffenden starken Zuspitzung der Agrarkrise befaßt und angefaßt dieser Entwicklung beschloßen, mit verkürzter Einberufungsfrist die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu Mittwoch, den 22. Februar, einzuberufen.

Diese Einberufung ist ein außerordentlicher Schritt, der nur höchst selten erfolgt. Diesmal ist der Anlaß ohne weiteres gegeben durch die schwere Notlage, in der sich zurzeit unsere Landwirtschaft befindet. Mittwoch empfangen der Reichskanzler eine Abordnung von 27 Bauernvereinen. Diese trug ihm die Wünsche und Entschloßungen vor, welche die Vereine gefaßt hatten.

### Der Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine

Die in Berlin seine Hauptversammlung ab. Sie brachte nach Vorträgen über Organisation des Obstabsatzes und über Einrichtung und Betrieb von Verkaufsstellen einen volkswirtschaftlichen Vortrag von Dr. Schiele-Raumburg über „Die Hausfrau am Steuer der deutschen Volkswirtschaft“. Auf fünfzehn Milliarden deutschen Lebensmittelbedarfs kommen heute vier Milliarden aus dem Ausland. Doch gehen wir einer Umstellung unseres Lebens auf Selbstzeugung entgegen, sagte der Redner unerlässlich ist ein Einfuhrverbot für Fertigprodukte, eine geringe Weizenzeugung und die Umstellung des Verbrauchs durch die Hausfrau.

### Das Notprogramm der Landwirtschaft.

Zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft stellt nach eingehender Beratung die Vertreterversammlung des Reichs-Landbundes anlässlich des 8. Reichs-Landbundeskongresses zu Berlin folgende programmatische Forderungen auf:

1. Kein neuer Handelsvertrag mit weiterer Preisgabe des landwirtschaftlichen Schutzes.
2. Keine autonome Herabsetzung der in Kraft befindlichen landwirtschaftlichen Zollsätze.
3. Kein neuer Handelsvertrag mit allgemeiner Mostbegünstigung.
4. Verbot der Einfuhr und Beseitigung aller zollfreien oder sonst begünstigten Einfuhr solcher Agrarprodukte, die im Inlande hergestellt werden. Ein polnisches Schweinekontingent ist abzulehnen.
5. Ausdehnung des Einfuhrschein-Systems auf Schweinefleisch.
6. Sofortiges Wiederinkraftsetzen des § 12 des Fleischbeschulgesetzes. Verbot der Einfuhr von lebendem Vieh.
7. Kündigung aller jezt mit einer Schädigung des Schutzes der Landwirtschaft erkaufen Handelsverträge zum frühestmöglichen Termin.
8. Neugestaltung des Zolltarifs mit dem Ziele, daß die autonomen Zollsätze für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Inlande hergestellt werden können, eine wirksame Waffe in Handelsvertragsverhandlungen sind, und mit einer Sicherung dafür, daß in Handelsvertragsverhandlungen diese landwirtschaftlichen Zölle nicht unter das Maß herabgesetzt werden, welches jeweils für die Stärkung der heimischen Agrarproduktion und damit für die nationalpolitisch so bedeutsame Entlastung der Handelsbilanz, die im wesentlichen nur durch Abschänkung agrarischer Importe erfolgen kann, notwendig ist.

#### Finanzpolitische Maßnahmen.

1. Abdrofflung der Auslandskredite auf das für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion notwendige Maß. Keine Auslandskredite für Zwecke, die mit der heutigen Notlage des deutschen Volkes unvereinbar sind. Die Auslandskredite sind eine

der stärksten Ursachen der Passivität der Handelsbilanz. In überhöhem Maße in Anspruch genommen, haben sie im Inlande Preissteigerungen mit allen unheilvollen und unabsehbaren Folgen, wie Lohnkämpfen usw., hervorgerufen. Sie berühren damit die Währungsfrage, so daß die Entscheidung über ihre Zulassung in die Hand des für die deutsche Währung verantwortlichen Reichsbankpräsidenten gelegt werden muß.

2. Nun endlich beschleunigte Einleitung von Kreditmaßnahmen zur Umwandlung und Entlastung der Sanierungsfähigen und Sanierungsbedürftigen Betriebe aller Beschäftigten unter Berücksichtigung der bei Groß- und Kleinbetrieb, Selbstwirtschaftlern, Pächtern und Siedlern verschiednen gelagerten Sanierungsmöglichkeiten. Keine Einschränkung des jetzigen Personalkreditvolumens über das Maß der Umwandlung hinaus.

3. Kein Mißbrauch der Kreditmittel und der Kreditorganisationen seitens einzelner Landesregierungen für politische Ziele. Keine Gefährdung der Freiheit und des Eigentums der Landwirtschaft durch politische Mißbräuche der Kreditmittel.

4. Unterstützung aller Selbsthilfsmassnahmen der Landwirtschaft, insbesondere Förderung der Meliorationen, des Ausbaus des Mollerei- und Kartoffelzuchtgewesens, Nationalisierung des Viehwesens und aller Maßnahmen zur Propaganda deutscher Erzeugnisse, wie der Propaganda gegen ausländische Konkurrenzwaren, Aufrechterhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Brennereien sowie aller landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. Verstärkung der Mittel und Aufgaben der Getreidehandelsgesellschaft.

5. Entlastung des platten Landes von allen Schulden, die Sache der Allgemeinheit und daher nur vom Staat zu tragen sind, sowie ferner von allen Belastungen, die in den ländlichen Bezirken von der Landwirtschaft getragen, aber von den Kraftwagen verursacht werden.

6. Bessere Berücksichtigung des Landes bei der Verteilung der Reichssteuerüberweisungen.

7. Weitere Hilfe den durch Unwetter geschädigten Landesstellen, besonders auch den vor allem schwer leidenden Kleingewerbetrieben.

8. Tarifzuschüsse für fruchtungslos gelegene Gebiete.

#### Zur Neuerrichtung des Gebiets.

1. Beseitigung der Rentenbankgrundschuldlinien als einer der heutigen Notlage der Landwirtschaft nicht mehr berechtigten Sonderbelastung.

2. Beseitigung der staatlichen Grundvermögenssteuer. Dast: Herabsetzung aller leistungsfähigen Kreise.

3. Senkung der kommunalen Grundsteuer auf ein Mindestmaß durch scharfe Handhabung des Aufschichtes, durch weitgehende Kontrollmaßnahmen und Betrecht des Reiches gegen Ueberplanung der Realsteuern mit dem Ziele der Vermeidung vermeintlicher öffentlicher Ausgaben.

4. Ueberprüfbarkeit und Vergleichbarkeit der Realsteuerbelastung in allen Ländern und Gemeinden in Verbindung mit möglicher Vereinfachung, ohne grundsätzliche Verschiebung der steuerlichen Belastung innerhalb der Landwirtschaft und zwischen der Landwirtschaft und anderen Realsteuerpflichtigen.

5. Eine Gebäude-Einkaufsteuer wie auch eine Fahrzeug- oder Jagdsteuer für die Landwirtschaft lehnen wir als völlig ungerechtfertigt ab.

6. Keine Nachhebung der Vermögenssteuer für die Landwirtschaft. Niemals kann eine Vermögenssteuer auf eine bestimmte Mindestsumme festgelegt und hierdurch zu einer Reparationssteuer gemacht werden.

7. Wiedereinführung eines mehrjährigen Durchschnittes bei der Einkommensteuer, gleiche Behandlung der Landwirtschaft beim Existenzminimum, wie dies bei den übrigen Berufsgruppen der Fall ist. Beseitigung des Systems der Zuschläge für ersparte fremde Arbeitskräfte. Der nichtbuchführende kleine Landwirt darf nicht höher zur Einkommensteuer herangezogen werden, als es der Befreuer der buchführenden Landwirtschaft seines Bezirkes entspricht.

8. Fort mit der periodischen Grunderwerbsteuer.

9. Anpassung aller Steuerföhen an die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

10. Schonende Behandlung gesunder und rückfönder Steuern. Steuern, die nicht aus dem Ertrage gezahlt werden können, sind zu erlassen.

11. Vereinfachung des Kassensystems in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziele der Beseitigung der Vorauszahlungen.

Wollen Reich, Länder und Gemeinden von der Landwirtschaft Steuern haben, so müssen sie zunächst ihrerseits für die Vorauszahlung der Leistungsföhe sorgen.

#### Sozialpolitik.

1. Nationalisierung der Sozialversicherung zwecks Beseitigung aller unnötigen Ausgaben und Erhaltung leistungsföher, mit geringsten Verwaltungskosten arbeitender Versicherungsträger. Auf- und Ausbau eines sozial, aber von allen parteipolitischen Ueberbissen freien Arbeitsrechts. Hierbei und in der Sozialversicherung sind Sonderregelungen und Sonderbestimmungen für die Landwirtschaft zu treffen und zu erhalten, welche in Anpassung an die ländlichen Verhältnisse den ländlichen Arbeitnehmern gleichwertigen Schutz und Einkuf sichern.

2. Systematischer Abbau der Wohnungsamtwirtschaft, insbesondere bei landwirtschaftlichen Betriebswohnungen unter gleichzeitiger, von bürokratischen Fesseln befreiter, tatkräftiger Förderung des ländlichen Wohnungsbaues.

3. Gerechter Ausgleich der Wohnhilfe- und Fürsorgelasten zwischen Stadt und Land.

#### 4. Zur Arbeiterfrage:

a) Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz hat durch seine Auswirkung auf dem Lande im großen Umfang eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen in den ländlichen Bezirken ist im ungeheuren, früher nicht für möglich gehaltenen Maße sprunghaft gestiegen, während gleichzeitig der Land- und Forstwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte selbst für die Winterarbeiten genommen werden. Der Grund liegt in den ausschließlich auf städtische und industrielle Verhältnisse zugeschnittenen Bestimmungen des Gesetzes.

Der Reichs-Landbund fordert daher die sofortige Schaffung einer den Verhältnissen des platten Landes Rechnung tragenden Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung.

b) Die Entkatastrophe des Vorjahres hat erneut bemiesen, daß der Landwirtschaft auf dem einheimischen Arbeitsmarkt nicht genügend geeignete Saisonarbeiter zur Verfügung stehen.

Wir fordern daher Aufhebung der widerföhligen, die Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmestimmungen über die Kontingentierung ausländischer landwirtschaftlicher Saisonarbeiter. Jeder landwirtschaftliche Betrieb muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten, parteilichen Prüfungsausschüsse der Arbeitsämter als notwendig anerkennen.

c) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Lohnfrage. Deshalb muß die Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, ihren Arbeitern einen Lohn zahlen zu können, der den in der Industrie für gleichwertige Arbeit gezahlten Löhnen entspricht.

#### Siedlung und Boderecht.

1. Geheiligte Aufklärung über die Bedeutung der Landwirtschaft als der Quelle völliger Erneuerung; gesunde Siedlungspolitik zur Auffüllung der weniger volkreichen, insbesondere der nationalgefährdeten Reichsteile.

2. Abwehr aller Ansprüche auf das Privateigentum, insbesondere der im Preussischen Städtebaugesetz und in ähnlichen Gesetzen anderer Länder enthaltenen Beföhrn für Grund und Boden.

### Die landwirtschaftlichen Kredite.

Nützlich für Erzeuger und Verbraucher.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Haushaltsauschuf des Reichstages erklärt, daß das Kabinett bereit wäre, 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Regulierung des Inlandsmarktes für Vieh und Fleisch. Höhere Mittelungen sollen bei der Behandlung der Angelegenheit im Reichstag, dem die Bewilligung zusteht, gemacht werden. Das Kabinett hat unlängst beschloßen, weitere 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Dadurch würde in gleicher Weise Erzeugung wie Verbrauch gefördert.

### Die sächsische Regierung zu den Forderungen der Landwirtschaft.

Ministerpräsident Heide erklärte auf die Forderungen der Landwirtschaft, die von einer Abordnung des Sächsischen Landbundes im Anschluß an die Hauptversammlung des Bundes der Regierung vorgetragen wurden, daß die sächsische Regierung unabhängig von der Weiterleitung der Forderungen an die Reichsregierung den am schwersten betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben Hilfe bringen wolle. An sich sei die Reichsregierung in der

meiner Person Beföhrungen holen zu müssen, stehe ich zur Verfügung.

Sohr erwartete eine Antwort, eine unflätige, grobe, der Hofmeister schwieg aber, weil es ihn auf die Sprache verlagene hatte, auch auf das Denkmögen und weil es ihm war, als ob ihn alle guten Geister verlassen hätten. Er schnappte dreimal nach Luft. Das half aber nichts. Er brachte doch kein Wort heraus.

Und Sohr erlachte eine diabolische Freude.

„Herr Hofmeister leiden an Asthma,“ begann er todernsten Gesichtes von neuem. „Scheußlich unangenehm das, kenne es von meinem Großvater her. Wenn sich Herr Hofmeister legen werden, wird es vorübergehen. Bitte, Herr Hofmeister,“ — und mit einem Griff, unter dem eine Wagnedeichel gestöhnt hätte, drückte er den vor Wut krebsrot gewordenen Herrn Boigt auf den Stuhl.

„So, und nun gestalten Herr Hofmeister, daß ich das Fenster öffne. Frische Luft tut immer gut.“

Als Sohr das Fenster öffnete, sah er die Knechte und Mägde wieder an den Stalltüren stehen. Offenbar erwarteten sie kein leichtes Ende.

„He, du dort!“ schrie er über den Hof, „bring' Wasser! Euerm Hofmeister ist übel.“

„Waaas?“ — entfuhr es dem — „sind Sie verrückt geworden! Mir übel?“

„Aber das „waaas“ hatte er noch nicht heraus, da war Sohr schon wieder neben ihm und hielt ihn auf seinem Sisse fest.“

„Gewiß, Herr Hofmeister, todübel ist Ihnen. Wenn Sie sich legen könnten! Purpurn sind Sie im Gesicht, als ob Sie die Kopfrolle hätten und Ihre Glieder zittern. Sie bekommen keine Luft. Konnten vorher nicht sprechen — es geht jetzt kaum und nur mit Aufbietung aller Ihrer Kraft. Herr Hofmeister müßen sich schonen, nicht erregen, wie leicht kann da ein Schlaganfall kommen und dann ist es aus mit aller Herrlichkeit auf Finkenichlag.“ — So, sehen Sie, Herr Hofmeister, da ist auch schon Wasser!“ — und jetzt erst angehts des gaffenden Gefindes, das in der Tür stand, sich er Boigts Schultern los — „Bitte, Herr Hofmeister, einen Schluß, es wird helfen.“

Entseufert kostete Boigt nach dem Glas, trank und stellte es auf den Tisch.

Sohr rief dem Gefinde zu: „Macht, daß ihr wegkommt, Herrn Hofmeister ist unwohl.“ Schloß Tür und Fenster, lehnte sich Boigt, der mit geballten Fäusten schweigend vor sich hinarrte, gegenüber und koste: (Fortsetzung folgt.)

## Sohr der Knecht

ROMAN VON ARNO FRANZ

(6. Fortsetzung.)

Und wie der kleine, dicke Herr die Einladung zum Eintreten nicht abgemartet hatte, hielt er auch einen Gruß für nötig, tazierte Sohr vielmehr von oben bis unten, genau wie das die „Gnädige“ auch getan und sagte:

„Ich heiße Boigt und bin der Hofmeister.“

Das kam Sohr so spähig vor, daß es mit einem Male hell in ihm wurde. Er stand auf, verneigte sich tief und antwortete:

„Ich heiße Sohr und bin der jüngste Knecht auf dieser Kutsche. Ich freue mich, daß Sie mich willkommen heißen wollen.“

„Das — das — das will ich ganz und gar nicht,“ stotterte der andere. „ganz und gar nicht, im Gegenteil.“

„Oho,“ machte Sohr, „im Gegenteil — das klingt wie lautes Wasser schmeckt.“

„Ich komme von der gnädigen Frau —“

„Kann ich mir denken, Herr Boigt, woher sollten Sie sonst wissen, daß gerade ich heute meinen Einzugs auf Finkenichlag gehalten habe.“

Der Hofmeister setzte sich und Sohr tat das gleiche, dabei oergrub er die Hände in den Hosentaschen und streckte die Beine weit von sich. Das war zwar unangenehm, aber was tat das. Was der Hofmeister konnte, konnte der Knecht schon lange.

„Und was läßt mir die gnädige Frau bestellen,“ fragte Sohr liebenswürdig.

Sohrs Art war dem Hofmeister nicht sehr bequem. Er sühte, daß man mit diesem Menschen, auch wenn er ketteid ins Hays gezeichnet war, doch wohl anders reden müßte. wollte man zum Ziele kommen. Die gnädige Frau hatte schon recht, der Keel pakte nicht auf Finkenichlag, der war zu schwierig zu behandeln. Auf Finkenichlag wurden keine Extrawürste gebraten. Er mühte weg, wenngleich eine Arbeitskraft zur Ernte bitter nötig war.

Der Hofmeister räuperte sich, dabei hielt er die Hand vor den Mund und koste unermittelt:

„Die gnädige Frau bebauert. Sie engagiert zu haben.“

„O,“ antwortete Sohr, „wie außerordentlich mir das leid tut. Wollen Sie das bitte der gnädigen Frau bestellen.“

„Ja, die gnädige Frau hat Ihre Papiere.“

„War nur ein Verlonalausweis, Herr Boigt.“

„Also Ihren Ausweis zu spät geprüft und fürchtet, daß Sie als Kaufmann —“

„Waaas? — als Kaufmann. — Wie?“

„Sie sind doch Kaufmann?“

„Ach so — ja, natürlich.“

„Kurzum, Sie fürchtet, daß Sie die Arbeit nicht werden leisten können, die Sie hier zu leisten haben. Sie erkennen, einen Fehler gemacht zu haben und würde das Engagement gern rückgängig machen.“

„Bedauere aufrichtig, Herr Hofmeister. Da, schauen Sie her, liegt der Mittelalter noch, womit sie mich allen Rechtsens erworben hat, verkauft oemilermachen, als ein Stück lebendes Inventar. Das sei nämlich hier von altersher lo Brauch, hat sie mir verraten, verbreitert Herr Hofmeister. Für Fehler, die man macht, steht man gerade. Ich tu' es auch und die Gnädige wird es müßen.“

Der Hofmeister wurde rot im Gesicht und auf seiner Stirn war eine Ader deutlich sichtbar. Lauter wie vorher fragte er:

„Also gutwillig gehen Sie nicht?“

„Rein, Herr Hofmeister,“ antwortete Sohr, „das kann man nicht auf von mir verlangen. Zudem gefällt mir's hier. Lauter liebenswürdig, freundliche, nette Leute.“

„Dann nehmen Sie sich in acht, daß Sie nicht stolpern.“

„Es wird meine vornehmste Aufgabe sein. Wenn ich erbenst bitten darf, wollen Sie das der gnädigen Frau, die sich mir, beiläufig bemerkt, namentlich bekenntmachung oergessen hat, liebenswürdigeweise anrichten. Wenn Sie der gnädigen Frau gleichgültig auch noch lagen wollten, wie unendlich glücklich ich mich schähe, ihr dienen zu dürfen, machen Sie mir gegenüber das Maß Ihrer Güte voll und verbinden sich zu aufrichtigem Dank.“

Der Hofmeister, den die Ironie in Sohrs Worten in helle Wut veretzte, sprang auf.

„Herr —“ rief er, aber Sohr fiel ihm in die Rede.

„Sie irren, Herr Hofmeister, Knecht, gewöhnlicher Knecht, der sich bemüht, Ihr und der gnädigen Frau Wohlwollen zu erwerben. Aber — um die Sache kurz zu machen: wenn Herr Hofmeister nun lo freundlich sein wollen, mich in meine Obliegenheiten einzuweißen, vorausgesetzt, daß Herr Hofmeister nicht erst nötig haben, sich höheren Ortes hinsichtlich

hof  
ar und  
uar  
fest!  
r u. Frau.  
t  
r.  
hain.  
ruar  
erfest.  
acht usw.  
e u. Frau.  
visch.  
s, 10 Uhr.  
red Otto.  
on  
r sollen in  
ughanfen  
u. Rollen  
uff werden.  
rtwaltung.  
lag  
n heute voll-  
enden. Nach-  
uchte ist in  
und be-  
Zeit wieder  
lant. Kubert  
eigenartige  
im Sommer  
A gemachten  
neine Devise  
D. D.  
Nr. 5  
große Tube  
Hörrohr-  
schalstellen.  
belle zurück.  
Slang  
wir  
Frau  
y.

Hauptfache für diese Maßnahme zuständig. Danach werde sie folgende Erleichterungsmaßnahmen vornehmen:

Die an sich am 1. Januar 1928 fällig gewordenen Rückzahlungsraten der im Frühjahr 1925 gewährten Saatgut- und Düngemittelkredite sollen augenblicklich nicht eingezogen werden, vielmehr soll die Rückzahlung dieser Kredite in fünf Jahresraten erst am 1. Januar 1929 beginnen. Allerdings muß hierzu vorher noch Beratung der von den Bezirksverbänden übernommenen Bürgerschaft nachgesucht werden. Die Regierung wird sich darum bemühen. Vor 1928 sollen für diese Kredite Zinsen nicht gefordert werden, ebenso will die Regierung davon absehen, diejenigen Zinsbeträge, die die Verwaltungsbehörden für das vergangene Jahr gekundet hatten, nachträglich einzufordern. Vom 1. Januar 1929 ab soll der Zinssatz für die noch ausstehenden Raten von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt werden.

Ebenso sollen für die im Jahre 1926 gewährten sogenannten Umstellungskredite zur Förderung des verwehrt Futtermittels für das laufende Jahr keine Zinsen gefordert werden. Der Zinssatz wird vom 1. Januar 1929 an ebenfalls von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt werden. Den durch starke Verschuldung ihrer Betriebe gegenüber der preussischen und sächsischen Roggenrentenbank besonders schwer betroffenen Landwirten soll überall da, wo die Verhältnisse des Betriebes und seiner Eigentümer staatliche Hilfe rechtfertigen, durch Gewährung von Zinsvorschuß für die nächste Zeit fühlbare Entlastung nach Maßgabe der im Rechtsausschuß bereits gegebenen Regierungserklärung gewährt werden. Die entsprechenden Anordnungen sind nach Rücksprache mit den Berufsvertretungen der Landwirtschaft an die Verwaltungsbehörden ergangen. Die erforderlichen Mittel sind im Etat eingestellt. Der Wirtschaftsminister und der Finanzminister versicherten darüber hinaus, daß sie entschlossen seien, im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage gezogenen Grenzen der kritischen Lage der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Von Seiten der Landwirtschaftsvertreter wurde betont, daß die Zusagen der Regierung nicht ausreichen, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wieder herzustellen und daß weitere umfassende Maßnahmen des Reiches und der Länder dringend notwendig seien.

### Der sächsische Landbund an Heidt.

Der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Rittergutsbesitzer Pagenstecher, hat, anknüpfend an die Bepfechtungen der Eröffnung des Sächsischen Landbundes mit dem Ministerpräsidenten Heidt, an diesen ein Schreiben gerichtet, in dem nochmals auf die Not der Landwirtschaft und auf die ungenügende Erregung unter der sächsischen Bauernschaft hingewiesen wird. In dem Schreiben wird erklärt, daß die Zusagen der sächsischen Regierung als eine kleine Erleichterung

für einige Betriebe bedeute, aber nicht das Zentralproblem berührt, der Landwirtschaft wieder eine Rente zu verschaffen und die notwendige Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Kredite zu tragbarem Zinssatz durchzuführen. Zum Schluß wird der Ministerpräsident eruchtet, mit allem Nachdruck von der Reichsregierung Forderungen für die Rettung der Landwirtschaft zu verlangen.

### Der deutsche Botschafter bei Coolidge.

#### Freundschaftliche Zusammenarbeit.

Der deutsche Botschafter von Britzow und Caffron ist von dem amerikanischen Präsidenten Coolidge zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen worden. Er richtete bei der Überreichung eine Ansprache an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, in der er ausführte, der aufrichtige Wunsch des deutschen Volkes und seine eigene Überzeugung würden ihn alle Kräfte anspannen lassen, auf das Ziel der Fortführung der Beziehungen seines Vorgängers von Rathenau um die Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Völkern unablässig hinzuwirken. Unter Hinweis auf die Friedensunterhandlungen des Präsidenten betonte der Botschafter, daß auch Deutschland den Wiederaufbau der unter den Nachwehen des großen Krieges noch leidenden Welt nur durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen den Völkern für möglich halte und zu dieser Zusammenarbeit bereit sei. In seiner Erwidrerungsansprache begrüßte Präsident Coolidge den neuen Botschafter aufs herzlichste und erklärte, daß er in der An-

kündigung der Fortführung der Politik des leider zu früh verstorbenen Vorkämpfers v. Rathenau die beste Garantie für die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen erblicke.

### Inlandsanleihe der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bedarf, wie sie mittels, zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größerer Geldmittel. Da zurzeit eine Inlandsanleihe für sie nicht in Frage kommt, das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft eine Verschiebung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten aber nicht verträglich ist, wird eine unter der Führung der Reichsbank stehende Bankengruppe der Deutschen Reichsbahngesellschaft die zur Durchführung des Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Bankengruppe übernimmt zunächst fest 100 Millionen Anteilscheine der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie 5 der Deutschen Reichsbahngesellschaft ohne Restdividendschein für 1927, im übrigen genau wie die Anteilscheine über Vorzugsaktien der Serie 4 auszustatten, und legt diese baldigt zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 93 1/2 Prozent auf. Gleichzeitig haben sich die Banken verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach ihrer Wahl entweder weitere 100 Millionen Anteilscheine über Vorzugsaktien oder 100 Millionen siebenprozentige Schatzscheine der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit dreijähriger Laufzeit fest zu übernehmen.

### Garantie des Reiches.

Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Ausgabe von Anteilscheinen der Reichsbank über Reichsbahnvorzugsaktien, ist auch für die neue Ausgabe eine Garantie des Reiches für eine siebenprozentige Vorzugsdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten bekanntlich die Inhaber der Vorzugsaktien noch eine Zusatzdividende, wenn auf die Stammaktien eine Dividende verteilt wird. Im Falle der Ausgabe von siebenprozentigen Schatzscheinen ist deren Umtausch in Anteile vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 25 Millionen Anteilscheinen, der vorläufig gesperrt ist, wird zur anderweitigen Verfügung der Reichsbahn von dieser zurückgehalten.

### Besserung der Arbeitsmarktlage.

1,6 Millionen Erwerbslose Mitte Januar. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter über die Woche vom 23. bis 28. Januar 1928 ist auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bereits teilweise ein leichter Umschwung zur Besserung eingetreten. Es dürfte — günstiges und beständig bleibendes Wetter vorausgesetzt — die Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten bald deutlicher in die Erscheinung treten. Am 15. Januar dieses Jahres betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Kriegsunterstützten rund 1,6 Millionen gegenüber rund 1,98 Millionen in der Erwerbslosenunterstützung zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Baumarkt und die Landwirtschaft dürften in einiger Zeit wieder Kräfte einstellen.

### Warnung vor betrügerischen Händlern.

Das Landes kriminalamt warnt vor zwei betrügerischen Händlern, die seit längerer Zeit im Lande umherziehen und vorzugsweise in kleineren Städten und Dörfern minderwertige Stoffe und Textilwaren zu hohen Preisen absetzen. Die Betrüger geben in der Regel an, sie befänden sich infolge militärischer Verhältnisse in Zahlungsschwierigkeiten, müßten fällige Wechsel einlösen und seien dadurch gezwungen, ihre Ware zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Ihre schwindelhaften Angaben suchen sie noch dadurch glaubhaft zu machen, daß sie vor ihren Opfern niederfallen, durch stehende Gebärden und durch Weinen das Mitleid erregen und dadurch zum Ziele kommen. Mitunter arbeiten sie auch so, daß sie Darlehen erbitten und dafür einen Koffer mit geringwertigen Waren als Pfand zurücklassen. Beschreibung: 40—45 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, kräftig, sprechen erzgebirgische oder vogtländische Mundart. Kleidung: dunkel, grünliche Hut mit Haarputz und schwarzer steifer Hut. Das Landes kriminalamt bittet, bei einem Wiederauftreten der nächsten erreichbaren Polizeibehörde unter Berufung auf diese Warnung Mitteilung zu machen.

Und nach einer Viertelstunde ungefähr stolperte der Hofmeister Boigt über das holprige Pflaster dem Herrenhaus zu — seiner Gnädigen Bericht zu erstatten. Was er ihr erzählt hat, hat niemand erfahren.

### 3.

Es war Sonntag nachmittag. Der zweite Sonntag, den Sohr auf Finkenklap bedienet war. Das Gut war wie ausgestorben — zwischen drei und sechs Uhr war Freizeit.

Die Knechte lagen in der Kneipe. Wo hätten sie auch anders sitzen am Sonntag? Lust hatten sie in der Woche genug. Sonntags brauchten sie Alkohol, den Probel der Wirtschaft und die Lunge voll Tabakqualm, sonst war ihnen nicht wohl. Das nannten sie dann richtig: was anderes.

Und die Mägde? Die hatten sich auch mal die Hände gewaschen und „schön“ gemacht und waren auf einen Sonntagsnachmittagskaffee aus. Dazu genügte ja die Zeit von drei bis sechs.

Frau Roden mit ihrem Sohnmann war über Land zu Gott geladen. Sohr sah auf seinem Bänkchen unter dem Nußbaum im Garten.

Da war ihm wohl wie vor Monaten unter den Bäumen im Garten der Charité! Niemand störte ihn im Denken. Und er mußte denken.

Das Leben hatte ihn angehaucht, es hatte Vorbelagen erst, nur flüchtig, aber doch bemerkbar. So hatte sein Recht an ihm geltend gemacht und Sohr hatte aufgeschaut und die Ohren gespitzt.

„Aurichten, hochkommen,“ das war es, was ihn erfüllte. Sie hatten ihn klein gekriegt, die großen und kleinen Gauner seiner näheren und weiteren Heimat. Mochten sie! Es war vorbei. An ihm war es nun, sich weiter auf die Beine zu stellen. Geid machen, das war es, was er mußte, den Anfang schaffen, der so schwer war.

Aber, lieber Himmel, wie nur, wie? Mit sechzig Mark Monatslohn konnte man über dem Aufstrich sterben. Immerhin, in drei Monaten waren es einhundertachtzig und dafür bekam man ein Saugjoch. Wenn alles gut ging, war das Tier in zwei Jahren achtzehnhundert Mark wert, vielleicht auch mehr. Und wenn man Ipariam war, sich seine Zigaretten selbst drehte, jeden Abend solid zu Bett ging und Sonntags unterm Nußbaum lag — jeden Sonntag wie heute — konnte man in zweimal zwölf Monaten drei bis vier Tausender zusammenhaben.

### Die Verfolgung des Mörders Hein.

Die angestrengten Bemühungen der Blawener Polizei, die eifrig nach dem verschwundenen Posträuber Hein fahndete, sind leider ergebnislos geblieben. Die Kunde von der neuen Bluttat Heins hatte sich wie ein Lauffeuer verbreitet und das ganze Vogtland in Aufregung versetzt. Mehrfach wurde gemeldet, daß Hein gesehen worden sei, aber immer wieder stellte sich diese Annahme als falsch heraus. Einstweilen fehlt von Hein jede Spur und es bestehen keinerlei Anhaltspunkte dafür, wohin sich der Verbrecher gewandt haben könnte.

Aber die Flucht des Hein wird noch berichtet, daß Hein sich mit dem Omnibus nach Rodewitz begeben hat. Dort bestieg er einen anderen Omnibus, um die Fahrt fortzusetzen, lag aber unterwegs aus und begab sich in ein Gasthaus in Rothenthal. Unterwegs fragte er einen Händler nach dem Weg zur Grenze. Hein trug dabei die rechte Hand in der Tasche und hatte im Gesicht ein Gesträpfer. Er soll sich in den Wäldern in der Gegend von Ringenitz aufhalten, wohin ein hartes Polizeiaufgebot entsandt ist.

### Landesarbeitsamt Sachsen.

Am 1. Februar wurde das bisherige sächsische Landesamt für Arbeitsvermittlung als Landesamt Sachsen in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert. Am gleichen Tage übernimmt Präsident Dr. Schulze die Leitung der Geschäfte. Die Geschäftsräume des Landesarbeitsamts Sachsen werden am 2. und 3. Februar nach Dresden-A. 1, Schulgutsstraße 7, verlegt.

### Börse und Handel.

#### Amliche sächsische Notierungen vom 1. Februar 1928.

Dresden. Da aus Berlin Kursrückgänge gemeldet wurden, tendierte auch Dresden schwach. Nur einige Spezialwerte waren fest. Banken verloren mehrere Prozent, Darmstädter sogar 5 Prozent. Ferner waren rückgängig: Bergmann 3,75 Prozent, Zwickauer Rammgarn 2 Prozent, Dürfeld 1,75 Prozent. Sehr fest lagen Industriewert Blauen (plus 8,75 Prozent) auf die 1/2prozentige Dividendenklärung hin. Ferner erhöhten sich Chemnitz Aktienpinnerie um 3 Prozent, Aktienfabrik Möncheberg um 3 Prozent, Liniger Werke und Volkswirter Kartonagenindustrie um 2,5 Prozent. Paradiesbetten und Stealit waren um je 1,5 Prozent höher.

Leipzig. Die Börse war zuerst behauptet, dann schwächer. Banken gingen um mehrere Prozent zurück. Witterer gaben 6 Prozent nach, Garpener 4, Laura 3, Schürdt u. Salzer 2, Genußscheine 3 Prozent. Höher lagen Zittauer Mechanische Weberei um 3 und H. A. Röhle um 2 Prozent.

Leipziger Produktensbörse. Preise: Weizen, int., 74,5 Ag. 23—24, Roggen, hief., 70 Ag. 242—250, Sandroggen, 71 Ag. 246—254, Sommergerste, int., 235—238, Wintergerste 235—236, Hafer, int., 215—220, Mais, amerik., runder 222—226, Mais, Cinqquantin 228—234, Mais 310—365, Viktoriarbisen 380 bis 480.

#### Amliche Berliner Notierungen vom 1. Februar.

\* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,41—20,45; holl. Gulden 168,92—169,26; Dan., 81,62 bis 81,78; franz. Frank 16,46—16,50; Schweiz. 80,63 bis 80,79; Belg. 58,34—58,46; Italien 21,19—22,23; schwed. Krone 112,44—112,66; dän. 111,18—112,40; norw. 111,41 bis 111,63; tschech. 12,42—12,44; öherr. Schilling 59,05 bis 59,17; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,98—47,18; Argentinien 1,791—1,795; Spanien 71,31—71,45.

\* Produktensbörse. Die Preisrückgänge für Brotgetreide setzen sich fort. Für Weizen bräute teils an den Ähren eingetroffene Auslandsware, die nicht disponiert ist, auf welche hin hier Abgaben zu nachgebenden Preisen erfolgen. Gleichzeitig wird auch Inlandsweizen mehr angeboten, als die schlecht beschafften Mähten fassen, und so konnte die weitere Höhe um so weniger überraschen, als auch vom Auslande erneut schwache Haltung gemeldet wurde. Von Roggen sind mittlere Qualitäten mehr als genügend am Markt, während geringeres Material dringlich angeboten wird. Weizen, die einzeln schon Wehl verkauft haben, waren für brauchbare Ware Redmer. Im Zeigegebiet sind aus den Provinzen, in denen der Absatz sehr schleppig, vermehrte Kaufordere am Markt, so daß auch hier die Preise nachließen. Gerste ein wenig verändert, Hafer behauptet, Deckungsbedarf für früher nach dem Auslande vorgegebene Ware war am Markt, der Konsum am Plage hielt zurück. Für Mais hat sich das Geschäft wenig entwickelt. Wehl besonders für Weizenmehl schwer zu verkaufen. Preise nachfolgend.

Das war dann wenigstens der Anfang vom Anfang. Und wie war das doch? Galt er nicht als tüchtiger Landwirt, dessen sachliche Abhandlungen vor Jahren die landwirtschaftlichen Zeitschriften gut honorierten? Und konnte das, was vor Jahren war, nicht wieder werden?

Rur die Geduld nicht verlieren und das Dienen lernen. Das mußte er, aber auch das würde gehen. Einen krummen Rücken machen müssen, hatte er ja nicht nötig. Man kannte ihn ja. Im Herrenhause und auf dem Hofe mußten sie Bekleid. Nur das war bitter, daß er bei allem, was auf Finkenklap geschah, an heim denken mußte.

Heim — nein, das hatte er ja nicht mehr — also: Vergleichs zog mit dem, was ihm einst gehörte. Und alles, was sich vorand auf Finkenklap, forderte zu Vergleichs heraus. Nichts war, was er teilnahmslos betrachten konnte.

Und wenn er, wie jetzt, die Arme auf den Sitz gestützt, den Körper zurückgelehnt, in die Laubkrone zu seinem Haupte starrte. Wie doch dieses Heim, das er verloren, vor seinem Geiste auf und ließ ihn kein Verlassen sein wie einen körperlichen Schmerz empfinden.

„So in Gedanken, hoher Herr?“ Sohr suchte zusammen und blickte erschrocken auf.

Die Ramsell war es, die vor ihm stand. „Das müssen ja wunderliche Gedanken sein, die Sie so der Welt entrücken. Dreimal habe ich mich bemerkt gemacht. Da Sie nicht hören, nahm ich an, Sie seien in dieser unumgänglichen Stellung eingeschlossen und wollten Sie wecken.“

„Entschuldigen Sie, Fräulein Kerst. Ich habe Sie wirklich nicht kommen hören.“

„Brauchen sich nicht zu entschuldigen, rüden Sie lieber 'n Stückchen zu, ich möchte auch 'n bißchen sitzen.“ Sohr tat es.

„Bitte, Fräulein! Ich weiß die Ehre zu schätzen.“

„Unsinn — Ehre zu schätzen. Ich weiß ganz genau, daß Sie lieber allein sind, als in meiner Gesellschaft.“

„Und wenn Sie das wissen, warum kommen Sie da?“

„Weil Sie nicht immer allein sein sollen und weil allein sein müssen, verbittert macht.“

Sohr sah die Ramsell von der Seite an, sagte aber nichts. Er war sich über die Ration ihres Herleins noch nicht klar. „Warum sehen Sie mich so verwundert an? Sie vermuten gewiß besonderes hinter meinem Befunde und glauben nicht so recht an meine Unselbstständigkeit und Fürsorglichkeit?“

„Jedenfalls müßte ich nicht, womit ich die letztere verdient hätte.“

(Fortsetzung folgt.)



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(7. Fortsetzung.)

„Ich bin wirklich belogen um Sie, Herr Hofmeister. Was soll das werden, wenn Sie sich dermaßen erregen und mich wie einen Strohwisch behandeln. Ich tin das nicht gewöhnt, Herr Boigt. So — lola verfährt man nicht mit mir. Was eben war, Herr Hofmeister, das mußte sein, es war abolut notwendig. Daß ich einen Ochsen bändigen kann, glauben Sie mir jetzt wohl und können es der gnädigen Frau in die Hand schreiben. Ich kann auch noch anderes, das können Sie ihr auch sagen und können ihr weiter sagen, daß ich für meine Verlon nicht mehr und nicht weniger begehre als das, — um mit den Worten der gnädigen Frau zu reden — was jeder gestittete Mensch von nicht weniger Bestitteten verlangen kann. Ich — beuge mich, weil ich muß, weil die Verhältnisse mich zwingen, aber ich richte mich wieder auf, so wahr Sie der Hofmeister unserer lieben Frau auf Finkenklap sind. So, nun genug der Worte! Hier meine Hand, Herr Hofmeister, Sie sollen mein Vorgesetzter sein, als solchen will ich Sie achten und respektieren. Was wir hier zusammen erleben, soll niemand erfahren. Einverständnis?“

Jägernd legte der Hofmeister seine Hand in die Sohrs.

Sohr hielt sie fest und öffnete mit der Linken die Tür, damit die Draußenlebenden Zeuge dieses Händedrucks sein und sich denken konnten, was sie wollten. Dann sagte Sohr:

„Es wird gut sein, Herr Hofmeister, wenn Sie sich den Leuten zeigen und mich in meine Obliegenheiten einweisen. Die Gesellschaft denkt sonst. Sie seien erstorben.“

Der Hofmeister, der keine volle Haltung wiedergewonnen hatte, blieb vor der Tür stehen. Die Situation mußte er retten. Später würde man leben, was sich tun ließ, um dem frechen Potron ein Bein zu stellen.

„Altherhand hochachtung, Sohr!“ sagte er, „was mir da drinnen passiert ist, hätte ich mein Lebtag nicht für möglich gehalten. Ich ärgere mich darüber und freue mich doch auch. Jedenfalls sind Sie einmal schon im Leben und die Ede gegangen. Daß Sie das reparieren, glaube ich und wenn Sie nur halbwegs auf dem Posten sind, sollen Sie in mir einen Mann finden, der für etwas Verständnis hat.“

„Das soll ein Wort sein, Herr Hofmeister,“ damit gingen sie nach dem Pferdestall.

(Abdruck) Dieser Blatt... Nummer...

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.

Um die... werden Bach... ligen Rothau... Raunhol,

Die Sta... an dem zw... llegenden Ze... Gutsbesitzer... nerpapieren... 6 Jahre zur... jell.